

Der Tabak-Verleiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlöhne.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 88 Pf. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 16

Sonnabend, den 19. April

1914

Schlag auf Schlag.

Nach dem jüngst bekannt gewordenen Erlass des preußischen Polizeiministers v. Dallwitz, wonach mittels Polizeiverordnungen gegen die Gewerkschaften vorgegangen werden soll, fühlen sich die Polizeibehörden noch mehr bemüßigt als bisher, die Gewerkschaften unter Polizeiaufsicht zu stellen. Nicht, daß allein das Streikpostenstechen und die Sorge um die edlen Elemente der Streikbrecher ihr mehr Veranlassung zu erhöhter Aufmerksamkeit gäbe, o nein, wenn ihr einmal die Hände freigegeben sind durch ihren Oberbonzen, dann glaubt sie sich zu allem berechtigt. Und wer weiß, was man von ihr noch alles zu erwarten hat.

Vorläufig versucht sie sich auf einem Wege, auf dem ihr die Gerichte hier und da schon Beistand geleistet haben. Es wird nämlich trotz des Reichsvereinsgesetzes und seiner Declaration durch den jetzigen Reichskanzler — der als Staatssekretär des Innern bei Schaffung des Gesetzes die bestimmte Erklärung abgab, daß Gewerkschaften nicht wie politische Vereine betrachtet und behandelt werden sollen — jetzt darauf losgesteuert, die Gewerkschaften an politischen Vereinen zu stempeln.

So versucht man, den Bergarbeiterverband, der jüngst einen Prozeß wegen des Verhalteris einer Zahlstelle zu bestehen hatte, als politischen Verein zu erklären. Aus dem Gerichtsurteil hat nun flugs der allezeit nach reaktionären Mühmestalten lästernde Berliner Polizeipräsident v. n. Jagow den Schluss gezogen, er könne sich ein neues, staatsverherrlichendes Verdienst erwerben. Er setzte sich also hin und schrieb eine neue Verfügung oder ließ sie von einem seiner ebenso findigen Handlanger schreiben, die ausgerechnet am 1. April an einige in Berlin domizlierende Centralvorstände von Gewerkschaften, sowie an einige Ortsverwaltungen erging. Das Polizeistückchen lautet:

"In Anwendung des § 3 Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 erfuhr ich Sie, binnen 8 Tagen ein Exemplar der zurzeit gültigen Vereinszulassungen sowie ein der Gegenwart entsprechendes Vorstandsmitgliederverzeichnis mit Angabe der Vor- und Zusammensetzung des Standes und der Wohnung einzureichen.

Sollten Sie dieser Aufforderung keine Folge leisten, so wird gegen Sie auf Grund des § 132 Nr. 2 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 13. Juli 1883 eine Geldstrafe von 150 M oder im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von zwei Wochen festgesetzt und vollstreckt werden.

Zur Vermeldung der im § 18 a. a. D. angedrohten Strafen wollen Sie hünftig von jeder Änderung in der Zusammensetzung des Vorstandes, sowie von jeder Änderung der Zahlung binnen zwei Wochen nach erfolgtem Eintritt Anzeige machen."

Um das Reichsvereinsgesetz hat sich der Polizeipräsident dabei natürlich nicht im mindesten gesummiert, daß ihm als echten Preußen überhaupt ein parlamentarisches Erzeugnis, das die alte preußische Zucht und Ordnung viel zu wenig respektiert, darum gedenkt er es zu ignorieren und nach dem preußischen Landrecht in alter Zucht und Sitte zu regieren. Die obige Verfügung stützt sich nämlich auf das Allgemeine Landrecht, das zu allen reaktionären Experimenten herhalten muß.

Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Führen nämlich die Gewerkschaften Klage gegen diese Verfügung — und sie werden das tun! — dann können sie diese Klage nicht vor den ordentlichen Gerichten führen, sondern müssen die Sache im Verwaltungsgericht verfahren erledigen. Das Oberverwaltungsgericht hat aber bereits einmal entschieden, daß, wenn ein Centralvorstand als eine politische Gemeinschaft anzusehen ist, auch alle Ortsvereine als politische Vereine anzusehen sind. Diese Entscheidung muß nun Herrn v. Jagow zum besten dienen — bis das Streitversfahren etwas anderes ergibt. Aber der schlau Polizeipräsident erwartet eben von den Verwaltungsgerichten in seinem Vorgehen eine günstige Entscheidung. Auch hat er die große Aktion sicherlich zur Nachahmung durch andere Polizeibehörden unternommen, man darf daher auf dieselbe gefaßt sein. Erfolgt die Nachahmung wirklich, dann muß überall da, wo sie erfolgt, sofort dagegen Einspruch erhoben werden, und zwar binnen 14 Tagen, wenn nicht weitere Schädigungen für die Gewerkschaften daraus entstehen sollen.

Wie die Sache nun auch ausgehen mag — das Unternehmen des Polizeipräsidenten zeugt von unglaublicher politischer Kurzsichtigkeit. Unter keinen Umständen wird die gewerkschaftliche Tätigkeit durch die Verfügung irgendwie unterbunden. Dagegen ist sie ein agitatorischer Anreiz, der gerade dem entgegenwirkt, was Herrn v. Jagow vorstrebelt, nämlich eine Endkämmung der Gewerkschaften. Über die Radikalpolitik der Behörden sind die Gewerkschaften doch längst hinausgewachsen. Fürgtren sie soar

Ausnahmegesetze nicht, wie sie von dem ganzen Troß der Schärfmacher verlangt werden, so muß diese Radikalpolitik nur das überlegene Gefühl bei ihnen hervorrufen, mit dem man unbedachte, ungereiste Handlungen betrachtet.

Bernichten kann man heute die Gewerkschaften selbst durch Ausnahmegesetze nicht, wenn man auch wirklich sich zu einer Berücksichtigung ihrer Organisationen versteige. Wie viel weniger werden sie durch überreifre, unbedachte Polizeimahnungen erschüttert. Außerdem schreit dieses Polizeiverfahren geradezu nach einem verständigen Ausbau des Reichsvereinsgesetzes, bei dem die Polizeifinger von dem Vereinsleben des ganzen Volkes weggezogen und ferngehalten werden. Je toller auf die Gewerkschaften losgestürmt wird, um so mehr werden sie sich innerlich festigen. Wir können uns kaum eine erwiderte Aufrüstung der noch indifferenten Arbeiter denken, als durch den polizeilichen und kapitalistischen Kampf gegen die Gewerkschaften.

Sollte aber der Berliner Polizeipräsident gar die geniale Idee haben, durch seine Maßnahmen es dahin zu bringen, daß die freien Gewerkschaften samt und sonders als politische Vereine angesehen und danach behandelt werden, sollte er die geheime Absicht haben, dadurch die Gewerkschaften anzureizen, sich mit Politik zu befassen und daß sie ihre wirtschaftlichen Aufgaben vernachlässigen, so wird er erfahren müssen, daß die Gewerkschaften wirklich früher aufgestanden sind, als Berlins berühmter Polizeipräsident. Wir halten aber nicht für ausgeschlossen, daß Herr v. Jagow daran gar nicht, und vielleicht noch an viel weniger gedacht hat, wie wir annehmen, als er seine Verfügung auf den 1. April datierte. Wem wird dieser 1. April schaden? —

Die Besteuerung des Tabaks.

IV.

Nun zu den nationalen, sozialwirtschaftlichen und sanitären Gründen der Petition!

Aus nationalen Gründen muß man sich gegen die Zigarette wenden, meinen die Petenten, "weil bekanntlich heute schon fünf der größten Zigarettenfabriken in den Händen des englisch-amerikanischen Trustes sind". Die weitere Vertrübung der Zigarettenindustrie sei nur eine Frage absehbarer Zeit. "Die aus diesen Trustfabriken erzielten enormen Gewinne fließen aber größtenteils ins Ausland."

Das sind die "nationalen" Gründe der Petenten. Wie armelig und fadenscheinig!

Enorm sind also die Gewinne des Trusts! Die der übrigen großen Zigarettenfabriken etwa nicht? O doch! Betern sie doch aber die Konkurrenz des Trusts. Ohne diese Konkurrenz machten sie vielleicht noch größere Gewinne. Das erklärt zum Teil ihre Antipathie gegen den Trust. Selbst stehen die trustfreien Zigarettenfabriken ja auch in gut organisierten Beziehungen untereinander, auch nur, um hohe Gewinne zu ergattern. Natürlich auf Kosten der Konsumenten, die doch auch zugunsten deutsche Volksgenossen sind.

Und die Zigarettenarbeiter? Spüren die etwas von dem enormen Gewinne? Nichts, ob es Trustgewinn oder trustfreier Gewinn ist. Wenn der trustfreie Gewinn im Lande bleibt, müssen sie trotzdem darben bei elenden Löhnen, die die enormen Gewinne erst ermöglichen. Das nationale Kapital schindet sie ebenso, mitunter noch mehr, wie das ausländische. Darum machen sie auch keinen Unterschied zwischen inländischem und ausländischem Kapital, das inländischen und ausländischen Konsumenten gehört, von denen sie nach allen Regeln kapitalistischer Ausbeutung um den Extrakt ihrer Arbeit gepresst werden.

Und die Konsumenten? Wenn die Zigarettensteuer erhöht wird, müssen sie die höhere Steuer tragen, ohne daß der Trust oder die trustfreien Fabrikanten Schaden davon hätten, selbst wenn wirklich die Entwicklung der Zigarettenproduktion durch die Steuer eingeschränkt werden könnte. Die Erfahrung mit der Zigarettensteuer lehrt, daß dieses Ziel nicht erreicht wird. Auch die Monopolwirtschaft in Österreich usw. zeigt, daß die Zigarettenproduktion trotz hoher Preise sich weiter entwickelt. Es ist also unüberlegt und völkerfeindlich, die Erhöhung der Zigarettensteuer, also einer indirekten Steuer, zu fordern. Die Petenten appellieren an nationale Gefühle, dabei wollen sie das eigene Volk noch mehr belasten! Sind das nationale Gefühlsmenschen!

Aus sozialwirtschaftlichen Gründen wollen sie die stärkere Belastung der Zigarette, "weil", wie sie sagen, "ein blühender Landwirtschaftszweig im Begriffe ist, einer Modelaune, als etwas anderes können wir die Vorliebe für die Zigarette nicht bezeichnen, geopfert zu werden".

So, so! Der "blühende Landwirtschaftszweig ist im Begriffe, einer Modelaune geopfert zu werden". Schöner könnte Karlchen Mieznick die Petition auch nicht zusammengebaut haben. Aber von dem blühenden Ursprung abgesehen, sollten sich Leute, die sich an den Reichstag wenden, doch ein wenig mehr vertraut machen mit sozialwirtschaftlichen Kenntnissen, sonst haben sie noch weniger Aussicht auf Berücksichtigung ihrer Wünsche. Wer das Zigarettenrauchen für eine Modelaune ansieht und verlangt, daß "der noch weiteren Ausdehnung des Zigarettenrauchens ein Halt zu gebieten" sei, mit dem kann sich der Reichstag doch nicht ernstlich beschäftigen. Es hilft ihm auch nichts, wenn er "die Annahme der Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern im ganzen Reiche" anführt, um den Reichstag zu rütteln, denn diese Arbeitslosigkeit röhrt nicht bloß von dem Zigarettenrauchen her, sondern hat tieferen Grund in der wahnsinnigen Wirtschaftspolitik, die durch Zölle und indirekte Steuern den Lebensunterhalt der Massen so verteuert, daß sie manche Genüsse, so auch den Tabakgenuss, stark einschränken müssen. Diese verrückte Wirtschaft wollen jedoch die Petenten ins Unwissen fortgesetzt wissen, darum fordern sie die Hinaufschraubung indirekter Steuern. Es ist eben der agrarisch-völkische Zug, der sich auch durch die Petition zieht, der die Grundbesitzer auf Kosten der Konsumenten mit höheren Gewinnen füttern will.

Die "sozialwirtschaftlichen" Gründe der Petition sind also den "nationalen" an Grundlosigkeit völlig ebenbürtig. Und die sanitären? Du lieber Himmel! Hier wollen wir es kurz machen. "Die größere Gesundheitsschädlichkeit des Zigarettenrauchens", die den Petenten "sehr wesentlich erscheint für die Zukunft unseres Volles und Heeres", soll ebenfalls als Grund herhalten für die höhere Besteuerung der Zigarette.

Die "größere Gesundheitsschädlichkeit"! Größer als die des Zigaretten- oder Pfeiferauchens? Wie? Kann noch tölpelhafter eine Petition abgesetzt werden? Höher gehts doch nimmer! Allen weiteren Ursprung in den "sanitären Gründen" wollen wir daher den Petenten schenken. Mag ihn der Reichstag gefrieden genießen.

Wir glauben nicht, daß der Reichstag sich viel Zeit mit dieser Petition rauben wird; wir würden das auch nicht, denn es ist ein leichtfertiges Spiel, das hier mit der Tabakbesteuerung getrieben wird. Aus den kritischen Seiten der Steuerbeimüdigungen der Tabakindustrie kennen wir den Gang der Dinge. Mit der Klage der Tabakbauern, die man vor den Steuerkarten der Regierung spannt, hebt in der Regel die Sache an, bis dann die Klage in Forderungen ausartet, die ganze Tabakindustrie mehr zu belasten. Geht es endlich aus Gange, dann folgt das größere Elend hinterher, wie nach der Besteuerung von 1909. Das müßte jedem schrecken, der nicht im Interesse des Steuerturfs sich missbrauchen lassen will.

Wie mögen denn eigentlich die kapitalistischen Petenten sich die Behandlung der Petition im Reichstag vorstellen? Eine positive Forderung über die Höhe der Hinaufschraubung der Zigarettensteuer stellen sie nicht. Sie hoffen, daß der Reichstag "Mittel und Wege" finden werde zum Schutz des deutschen Tabakbaus.

Wie soll das nun geschehen. Soll die Petitionskommission die "Mittel und Wege" aussändig machen? Dazu besitzt sie keine Kompetenz. Soll sie beantragen, daß der Reichstag eine besondere Kommission einsetzt, die das tut? Ist einen derartigen Antrag gütig das Monstrum von Petition keine Grundlage. Soll sie beantragen, daß Reichstag soll die Petition dem Reichskanzler überweisen, damit dieser "Mittel und Wege" sucht usw.? Völkischer könnte sich der Reichstag nicht gut machen, ohne tieferen Nachweis, der in der Petition nicht geführt ist, dies zu verlangen.

Es wird also am besten sein, das Machwerk, das zu einer höheren indirekten Steuer auffordert, wird ohne Sang und Klang in den Papierkorb des Reichstages geworfen, wenn — es wirklich noch den Weg zum Reichstag findet.

Zur Witwen- und Waisenversicherung.

Die Rechnungsergebnisse der Versicherungsanstalten für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung über das Jahr 1913 liegen nun vor. Sie zeigen, wie die Hinterbliebenenversicherung gewirkt hat. Eine auffällige Erscheinung ist, daß 1912, obwohl es noch kein Krisenjahr war, doch 2 968 310 Wochenbeiträge weniger bezahlt sind als im Jahre 1911. Die Beiträge brachten 248 456 259,48 M., also rund 56 Millionen Mark mehr als im Jahre 1911. Teilt man die Beiträge ein, und zwar die Ertragsnisse der Beiträge in früherer Höhe für die bisherigen Leistungen, die von der Regierung bei der Vorlage der Reichsversicherungsordnung beantragte Erhöhung der Beiträge für die Hinterbliebenenversicherung und die

außerdem vom Reichstage beschlossene Beitragserhöhung für die Kinder der Invaliden, dann standen folgende Summen aus den Beiträgen zur Verfügung:

für die bisherigen Leistungen 185 902 835,30 M

für die Hinterbliebenenversicherung 51 148 901,94 M

für die Rentenerhöhung durch Kinderzuschuß 11 404 522,24 M

248 466 269,48 M

Es standen also für die Hinterbliebenenversicherung Erträge aus der Beitragserhöhung und die Ergebnisse aus der Beitragserstattung zur Verfügung. Für Beitragserstattung wurden im Jahre 1911 10 437 952 M ausgegeben. Man hatte also 61 586 858 M für die Hinterbliebenenversicherung zur Verfügung. Von dieser Summe wurden an einmaligen Leistungen ausgegeben:

für Beitragserstattung 1 304 664,62 M

für Witwengeld ohne Reichszuschuß 105 397,20 M

für Waisenaussteuer ohne Reichszuschuß 605,34 M

1 410 657,16 M

Wenn man die Witwenrenten noch in Zug bringt, dann bleiben rund 60 Millionen Mark für Witwen und Waisenrenten. Bei den Witwen- und Waisenrenten hat man den Kapitalwert der Rente in Rechnung gestellt. Es ist also für jede Witwenrente eine Summe eingefordert, die ausreicht, die Rente für die ganze Lebensdauer der Witwe und für die Waisen die Rente bis zum vollendeten 15. Lebensjahr anzuzahlen. Der Kapitalwert der 3802 Witwenrenten mit einem Jahresbetrag von 293 020,60 M ist mit 3 163 740,81 M berechnet. Die Rente für 13 960 Waisenfamilien mit 35 528 Waisen, für die ein Jahresbetrag von 1 129 408,20 M gezahlt wird, sind mit einem Kapitalwert von 7 115 904,97 M eingestellt. In diesen Kapitalwerten ist aber der Reichszuschuß mit enthalten. Er beträgt bei den Witwenrenten rund 65 Prozent und bei den Waisenrenten rund 78 Prozent. Von den Kapitalwerten der Rente kommen zur Belastung für die Versicherungssträger nur in Betracht:

für Witwenrenten 1 105 509 M

für Waisenrenten 1 565 499 M

2 671 008 M

1911 erhielten die Witwen und Waisen am Beitragserstattung von den Versicherungssträgern 4 050 108,64 M. 1912 wurde an die Hinterbliebenen der 1911 Verstorbenen noch 545 538 M Beitragserstattung ausbezahlt. An Witwengeld und Waisenaussteuer wurden 105 402 M ausbezahlt und Rente mit einem Kapitalwert von 2 671 008 M bewilligt. Wenn man also die Rente mit vollem Kapitalwert und die sonstigen Leistungen der Versicherungssträger in Rechnung stellt, dann bleiben die Leistungen der Versicherungssträger für die Hinterbliebenenversicherung noch um 728 160 M hinter der Summe zurück, die 1911 ohne Hinterbliebenenversicherung an die Witwen und Waisen ausbezahlt wurde.

Den Reichszuschuß kann man nicht als Versicherungsleistung in Rechnung ziehen, denn diesen müssen die Versicherten mit als Steuerzahler durch indirekte Steuern aufbringen.

Die Schlussrechnung ist: Man nimmt den Versicherten unter dem Vorwand, daß die Hinterbliebenen Rente erhalten, 51 Millionen Mark Beiträge für die Hinterbliebenenversicherung ab und gibt den Witwen und Waisen 728 160 M weniger, als sie 1911 ohne Hinterbliebenenversicherung erhalten haben. Die geringe Summe, die die Versicherungssträger zu dem Reichszuschuß zu zahlen, müssen die armen Witwen sich jetzt in monatlichen Raten von der Post abholen, während sie sonst die ganze Summe an einem Tage ausbezahlt erhalten. Das nennt man Sozialreform.

Rundschau.

Gewalttat der Königberger Polizei. Wie in früheren Jahren, so beabsichtigte der Arbeiterbildungsausschuß in Königberg i. Pr. auch in diesem Jahre am Palmsonntag im Vereinshaus der freireligiösen Gemeinde eine Schulentlassungssfeier zu veranstalten. Das Programm, die Orgelvorträge, Recitationen, Gesänge, eine Festrede und Klaviervorträge vorab, ließ das Methodistische Konsistorium in den Hintergrund treten und hielt sich durchaus im Rahmen sonstiger beratiger Versammlungen. Die Proletarierjugend sollte diesmal um ihre kleinen, schlichten Feier kommen, denn mehrere Polizeileute drangen widerrechtlich in den Saal ein und vertrieben gewaltsam alle Jugendlichen unter 18 Jahren, noch ehe das Fest überhaupt begonnen, mit der Begründung, es handle sich um eine öffentliche politische Versammlung.

Der Obermann der Königberger Arbeiterjugend, Arbeiterselbstfür Franz Krüger, der gegen das Vorgehen der Polizei protestierte, wurde verhaftet und gewaltsam in einem Hause am Markt verhaftet. Auf dem Hof und auf der Straße waren wohl ein Dutzend uniformierter Polizisten und zahlreiche "Geheimen" postiert. Im Torweg ließ man dann den Geschäftsführer, der von einem Polizeidomänenamt "Dummett Bengel" bestimmt wurde, weg.

Der zweite Gewalttat spielte sich etwa eine halbe Stunde später im Jugendheim in der Nikolaistraße ab. Die jungen Leute, die sich dort mit Schachspielen, Gesängen und Recitationen vergnügten, hatten, um unliebsame Störenfriede fernzuhalten, die Tür verschlossen.

Die Polizei erbrach die Tür gewaltsam und mehrere Kommissare und Schutzleute drangen in das Jugendheim ein, vertrieben unter Schlägen und Tritzen die Jugendlichen und verhafteten Benossen Krüger, der sie aus dem Einbruch ausmerksam machte, zum zweiten Male! Auch ein junges Mädchen von etwa 20 Jahren wurde auf die Polizeiwache gebracht. Krüger wurde, nachdem man ihm auf dem Polizeipräsidium wie einem Verdreher alle Taschen entleert, gegen das Verbrechen, nicht mehr nach dem Jugendheim zurückgelassen, um 8 Uhr abends entlassen.

Beide Vorgänge hatten infolge des starken Polizeiaufgebots beträchtliche Menschenansammlungen zur Folge. Gegen das Verfahren der Polizeibehörde wird selbst-

verständlich Beschwerde eingeregt werden. Die Königberger Jugendbewegung dürfte infolge dieser polizeilichen Agitation bald gute Fortschritte machen.

Zum Kapitel Geutenot auf dem Lande. Faustisch läge und dann noch ein Strafmandat wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes bildeten den Hintergrund einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Erfurt am vergangenen Sonnabend. Ein junger, geistig etwas beschrankter Mensch war von seinen in Erfurt wohnenden Eltern an den Landwirt Otto Lange in Ermstedt bei Erfurt in Dienst gegeben worden. Eines Tages hatte der junge Mann geholfen nach seinen Eltern, er ließ die Pferde auf dem Felde stehen und ging heim. Die Pferde, ruhige Tiere, wurden von anderen Dorfbewohnern nach dem heimatlichen Stalle gebracht. Die einsichtigen Eltern schickten ihren Sohn wieder in den Dienst zurück. Auf dem Gutshof angekommen, wurde der junge Arbeiter von dem Dienstherrn an der Brust gepackt und mit Faustschlägen mich behandelt. Dieser brutale Angriff auf seine Menschenvürde ging selbst dem geistig beschränkten Menschen zu weit. Er verließ den Dienst und ging zu seinen Eltern zurück. Der Dienstherr verweigerte aber die Herausgabe der Sachen und zeigte dem Arbeiter noch wegen "unberechtigten" Verlassens des Dienstes an. Der Amtsverwalter schickte ein Strafmandat über M. gegen das gerichtliche Einspruch erhoben wurde. Das Gericht erkannte wegen des Stehenlassens der Pferde auf Freiheitlich; wegen des Verlassens des Dienstes ohne geistlichen Grund wurde das Verfahren infolge eines Formfehlers eingestellt; das Gericht sprach also auch in diesem Falle nicht aus, daß schwere Mißhandlung ein hinreichender Grund zum Verlassen des Dienstes sei.

Und bei solch einer menschenuntüchtigen Verhandlung selbst gutmütiger Dienstboten schimpfen die Agrarier noch über Geutenot auf dem Lande.

Unser Leben währet — 40 Jahre! Die Nachtwächter der Herrlichkeitstheorie, die immer wieder austutten, daß wir in der besten aller Welten leben, werden jetzt von den preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten gründlich gezeigt. Natürlich bildlich genommen. Nachdem in den letzten Jahren im besonderen die Großseidenindustrie und die Maschinenindustrie immer ungenierter als wendende Proletarier aus ihren Betrieben hinauswarf, mehrt sich die Literatur über das Lebensalter der deutschen Industriearbeiter. Nunmehr haben die amtlichen Stellen eine neue Untersuchung über diese Frage vorgenommen. Sie beauftragten damit für das Jahr 1912 die preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten, deren gesammelte Resultate nunmehr vorliegen. Und was stellen diese gewiß einwandfreien Sammler der Tatsachen fest? Sehen wir es uns an:

Die Altergliederung der Industriearbeiter in den wichtigsten Betriebarten:

	Gehalt der Arbeiter nach Jahren in Prozenten					
	zu 20	zu 30	zu 30	zu 40	zu 50	zu 60
Textilindustrie	22,6	21,0	21,1	18,4	11,7	5,2
Leberindustrie, Gerberei	13,6	25,9	24,5	20,3	11,7	4,0
Holzindustrie	13,1	26,7	27,0	18,7	10,9	4,6
Steinbrüche	14,5	26,4	28,2	18,4	9,4	3,1
Chemische Industrie	11,8	29,1	28,9	19,0	9,0	3,1
Zigarettenfabriken	22,7	28,5	25,4	12,7	7,6	3,1
Borrellen, Tonwaren	28,4	19,2	25,9	21,1	8,1	2,3
Wecken	17,2	32,5	26,6	12,8	7,0	2,9
Kleider- und Metallindustrie	23,8	29,3	28,4	13,8	7,0	2,7
Glasindustrie	23,3	26,9	20,9	12,9	7,2	2,2
Buchdruckereien	23,9	28,1	21,0	14,1	6,7	2,2
Alm-, Blei- und Kupferhütten	14,8	31,3	27,4	17,9	7,4	1,2
Eisengießerei	24,6	26,5	24,8	16,1	8,5	1,5
Maschinenindustrie	22,2	33,2	25,1	12,5	6,1	1,9
Großseidenindustrie	19,7	34,0	24,6	13,8	6,3	1,6

Die jugendlichen Arbeiter werden in der Glasindustrie, der Eisengießerei und den Buchdruckereien besonders bevorzugt. Die jungen fröhlichen Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren sehen wir in der Großeisenindustrie, in der Maschinenindustrie, bei den Werken und in den Zink-, Blei- und Kupferhütten in viel stärkerem Maße vertreten als in anderen Industriezweigen. Schon in der nächsten Gruppe des Alters der Arbeiter verschiebt sich das Bild ganz erheblich. An die Stelle der Schwereisen- und Maschinenindustrie treten jetzt Steinbruchbetriebe und Chemische Industrie. Nun kommt der entscheidende Knick in der Lebenskurve des Proletariats. Der Arbeiter verschwindet aus all den Betrieben, die besondere körperliche Leistungsfähigkeit und geistige Elanität bei angestrengter und mitunter gefährlicher Arbeit verlangen. Die chemische Industrie verbraucht die älteren Arbeiter noch mehr als die Montanindustrie. Die Ursache liegt nahe genug auf der Hand. Man braucht nur einmal festzustellen, wie die Höhe dieser älter gewordenen Arbeiter aussieht. Sie sind gegenüber denen der dreißigjährigen Arbeiter überall zurück. Mit fünfzig und sechzig und noch mehr Jahren auf dem Buckel ist der Arbeiter in der modernen Schwerindustrie überflüssig.

Gelbe Brüder unter sich. Daß die Gelben die Brüderchaft unter sich etwas sehr weit treiben können, lehrt die Verurteilung eines gelben Bundesbruders der Bäderbrüderchaft in Eberswalde wegen Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeuges. Die Bäderbrüderchaft, die Schützgarde der Innungsmeister, die den im Bäderverband organisierten Bädern bei einem kürzlich stattgefundenen Komitee in den Rüden fiel, hatte am 8. Februar eine Brüderchaftsversammlung. Die Bundesbrüderchaft wurde auch dadurch bestätigt, daß der Bädergeselle L. aus Eberswalde mit seinem Bundesbruder B. in Streitigkeiten geriet, die allerdings zunächst geschlichtet wurden. Am Donnerstag darauf jedoch traf er den B. wieder und schlug ihn ohne jede Veranlassung mit einem Stabholz über Kopf und Rücken. Der Geschlagene mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, um die ärztlichen Weise der Bundesbrüderchaft wieder los zu werden. Das Gericht hatte für diese Ausschaltung der Brüderlichkeit augenziehlich auch kein Verständnis, weswegen es den Brüderhelden zu 75 M Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis verurteilte.

Gelbe Brüder unter sich. Daß die Gelben die Brüderchaft unter sich etwas sehr weit treiben können, lehrt die Verurteilung eines gelben Bundesbruders der Bäderbrüderchaft in Eberswalde wegen Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeuges. Die Bäderbrüderchaft, die Schützgarde der Innungsmeister, die den im Bäderverband organisierten Bädern bei einem kürzlich stattgefundenen Komitee in den Rüden fiel, hatte am 8. Februar eine Brüderchaftsversammlung. Die Bundesbrüderchaft wurde auch dadurch bestätigt, daß der Bädergeselle L. aus Eberswalde mit seinem Bundesbruder B. in Streitigkeiten geriet, die allerdings zunächst geschlichtet wurden. Am Donnerstag darauf jedoch traf er den B. wieder und schlug ihn ohne jede Veranlassung mit einem Stabholz über Kopf und Rücken. Der Geschlagene mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, um die ärztlichen Weise der Bundesbrüderchaft wieder los zu werden. Das Gericht hatte für diese Ausschaltung der Brüderlichkeit augenziehlich auch kein Verständnis, weswegen es den Brüderhelden zu 75 M Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis verurteilte.

Schärmother, syrische und Gelbe. Am der Generalversammlung der Deutschen Vereintigung, die am 6. April in Saarbrücken tagte, waren sowohl Vertreter der Großindustrie wie auch Führer und Anhänger der Gelben stark vertreten. Es ist selbstverständlich, daß sich die Reiteren Hüttenbesitzer Hermann Mödlring (Wüllingen), Graf zu Hoensbroech, v. Böllnitz (Weimar) und Professor Moldenhauer schärf gegen die freien Gewerkschaften wandten und die Gelben sonst streichelten. Interessant aber ist die Schärfe, mit der auch die christlichen Gewerkschaften trotz ihrer wachsenden "Wirtschaftsfriedlichkeit" angefaßt wurden. So rief Graf Hoensbroech den Gelben zu:

"Zurzeit stehen sie noch allein im Kampfe. Nicht nur die freien Gewerkschaften, sondern auch die sogenannten christlich-nationalen suchen Sie zu erobern. Ich sage sogenannt, weil die Bezeichnung christlich-national weder auf Ihre Worte noch auf Ihre Taten paßt. Und wenn diese Organisation, die sich bisher nur christliche Gewerkschaft nannte, sich nun auch das Wort Christenrechte und Frieden verleiht, so frage ich mich vergebens, mit welcher Rechtfertigung Sie das tun. Ich sage national, weil die sogenannten Christlichen bei jeder Gelegenheit den Streit provozieren und Hass und Unfrieden zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber schüren? Zeigt es von nationalem Sinn und Empfinden, wenn der Arbeitersführer Stegerwald in einer Versammlung in Köln die zahllosen Streiks rührend erwähnt, welche die Christlichen teils angestiftet, teils mit den Sozialdemokraten zusammen durchgeführt haben? Man sieht sich jetzt wieder die Aktion in Hostenbach an. Es ist Zeit, daß das wahre Gesicht der sogenannten christlich-nationalen Gewerkschaften erkannt wird. Eine Organisation, die eine Kampfgenossenschaft ist und sein will und den Wirtschaftskrieg mit allen Mitteln des Terrorismus fortgesetzt angreift und verleiht, hat nicht das Recht, sich christlich oder national zu nennen."

Professor Moldenhauer aber stellte die christlichen Gewerkschaften strikt vor ein Entweder — Oder.

"Die wirtschaftsfriedliche Bewegung gewinnt langsam an Boden und stellt die christlichen Gewerkschaften vor die Frage, ob sie auf die Dauer ihre Taktik dem Arbeitgeber gegenüber nach den Methoden der sozialdemokratischen Gewerkschaften einrichten oder den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft stärker in den Vordergrund schieben wollen. Nur, wenn sie letzteren Weg eingeschlagen, werden sie auf die Dauerlich den freien Gewerkschaften gegenüber behaupten können. Ein Aufgehen der christlichen in die freien Gewerkschaften wäre aber aus politischen Gründen höchst bedauerlich."

Die christlichen Gewerkschaften haben bekanntlich die ersten Schritte auf dem Wege, der ihnen gewiesen wird, schon gemacht. Und die päpstlichen Mahnungen zielen ja, neben dem Verlangen zur Konfessionellen Absonderung, auch auf nichts anderes als auf die "Wirtschaftsfriedlichkeit" hin. Auf jeden Fall wird den Christen die gelbe Schlammflut bald bis zum Halse stehen. Es wird dann in ihr ertrinken, wer sich nicht in die freie Gewerkschaftsbewegung retten will.

Der Deutsche Handelstag und die öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten. Der Deutsche Handelstag ist die offizielle Organisation der Leute aus der Großbourgeoisie, der großen Handels- und Industrieherrn, die das freie Spiel der Kräfte, d. h. die unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit dem Kapital für alle Seiten erhalten wollen.

Diese Korporation hielt am 18. März ihre Jahresversammlung ab und ließ sich dabei durch den Vorstand des Verbandes der Privat-Lebensversicherungsgesellschaften, Herrn Regierungsdirektor v. Rasp, einen Vortrag halten über "Die Lebensversicherung öffentlich-rechtlicher Körperschaften". Anschließend daran wurde ein Antrag angenommen, der ganz deutlich die prinzipiellen Gegensätze zwischen beiden Versicherungsformen aufweist und daher verdient, auch den Freunden der "Vollbeschäftigung" bekannt zu werden. Er lautet: "Der deutsche Handelstag spricht sich dagegen aus, daß der Staat und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften in immer weiterem Umfang eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, durch welche die private wirtschaftliche Tätigkeit geschädigt wird. Nur wo besondere Gründe es rechtfertigen, sollte eine Ausdehnung der staatlichen und kommunalen Tätigkeit stattfinden. Diese Voraussetzung ist auf dem Gebiete der Lebensversicherung nicht gegeben. Der Ausschluß muß vielmehr die große und erfolgreiche, dem Gemeinwohl dienende Arbeit der privaten deutschen Lebensversicherungsgesellschaften anerkennen und bezweifeln, daß die öffentlich-rechtlichen Körperschaften diese Aufgaben besser zu erfüllen imstande sein werden. Eine scharfe Verurteilung verbietet es, daß Staats- und Kommunalbeamte für die von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften ins Leben gerufenen Versicherungsanstalten persönlich wirken und ihre Interessen dazu anhalten, und daß hierdurch der freie Wettbewerb zu ungünsten der privaten Tätigkeit beeinträchtigt wird."

Berechtigt an diesem Antrag scheint uns nur der Wunsch, daß Beamte staatlicher Behörden nicht einseitig als Agenten einzelner Gesellschaften tätig sein sollen. In Preußen wird allerdings dieser Wunsch ein Stromer bleiben.

Wie stellen sich die Sortierer zu dem neuen Pressoerfahren.

Nur den mancherlei Auskünften, die sicherlich aus den verschiedensten Teilen unseres Landes gelommen sind, erscheint wie, daß wohl fast sämtliche Rosinen und Rosetten sich mit einem neuen Sortier- und Pressverfahren beschäftigen müssen. Wir sehen ferner, daß nach Einführung der Tabaksteuer ebenfalls versucht wird, verschönern und doch an allen Enden und Edeln zu sparen. Das alles trotz des töd

kleiner im Fasson waren. Schon damals versuchten die Fabrikanten bei den Löhnen zu sparen. Die Organisation bewahrte die Kollegen vor Schaden. Die Leistungsfähigeren hatten ein leichtes Spiel, den minder leistungsfähigeren Konkurrenten aus dem Sattel zu heben. In dieser Sache gibt es bei den Fabrikanten keine Rückstände. Beide den Kolleginnen und Kollegen, welche es verstoßen haben, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen. Auf sie wölbt der Fabrikant auf jeden Fall seine ihm durch die Konkurrenz und natürlich auch durch die Steuern aufgezwungenen Mehrkosten ab. Im täglichen Leben etwas Selbstverständliches; denn jedermann versucht, etwas ihm Bekleidendes dort abzulegen, wo er den wenigsten Widerstand erwartet. Findet der Fabrikant nun keinen Ausweg, versucht er es mit billiger Aufmachung. Der Andere meint dann wieder durch ein neues Sortier- und Preissystem die Unstufen der Konkurrenz dichten zu können. Wir müssen hier in Hamburg nämlich beobachten, daß Mindestsortimente gang und gäbe sind. Doch nur, um den Markt zu behaupten, werden j. W. auf vielen Fabrikten direkte Schuhpartien hergestellt. Da bleibt nur Packarbeit noch zu leisten übrig. Was schlägt nie der Fall war: wir haben jetzt Partien mit 6, 9 und 12 Paarne Sortierung. Für solche Neuerungen finden die Kollegen sehr leicht eine Berechnung.

Es gibt aber noch ein Anerkennen, das in letzter Zeit mehrfach gegeben wurde; wenn nämlich verlangt wird, „die Kollegen möchten ein kompliziertes Fasson für die Preisliste eines normalen Fassons wegmachen, denn auf die Sortierung würde nicht so sehr Wert gelegt“. Solche Anpreisungen sind eitel Spiegelreicher. Dahinter verbirgt sich ganz gewöhnliche Lohndrückerei. Hinterher wird nämlich die alte Sandelholz verlangt. Die Absatzsorgen zwingen den Fabrikanten auch, auf ein besseres Aussehen der Ware zu achten. Da ist er dann den Neuerungen leichter zugänglich. Woernerpreise, Spiegelbadung und Preishäfen. Es steht wohl das Gangbarke, was die schlechten Tabake und Unebenheiten im Fasson beseitigen sollen. Auf unserer bisherigen Methode der einfachen Rüttelpadung ist unser Allordlohn aufgebaut. Es ist deshalb etwas ganz Selbstverständliches, sofern Mehrarbeit verlangt wird, daß Lohnausfalltag zu fordern ist. Mehrarbeit ist unbedingt bei der Woernerpreise vorhanden. Wird hierbei der alte Lohnsatz in Abrechnung gebracht, so sind die Kollegen nur verpflichtet, die Schieber vollzupaden und die Auszeichnung zu geben. Alles Weitere ist Machtarbeit. Man versucht am besten, für solche schwer berechenbaren Mehrarbeiten Stundensatz zu beantragen. Ebenso mit der Preishäfenarbeit. Einpaden, Auszählen und Pressen, der Pflicht für den alten Lohnsatz ist damit vollständig Genüge getan. Das Umpaden und Fortschaffen der Rütteln soll in Stundenlohn geschehen.

Bei der Spiegelpressung muß für das Einlegen der Papierstücke ein ordentlicher Aufschlag gefordert werden; das Umlegen soll in Stundenlohn geschehen. Um diese drei Arten breite sich in der Hauptstadt die Diskussion. Es gibt aber meiner Meinung nach noch so vielerlei in unserer Lohnstala zu ordnen. Die Unterschiede der Allordlohn sind in unseren Gauen, wie wohl allgemein bekannt ist, sehr groß. Das aber in einem Wirtschaftsgebiet schauberhaft unterschiedliche Preise vorhanden sind, ist eigentlich beschämend für unsere Branche. Hier regulierend einzutreten, bleibt für uns eine vornehme Aufgabe. Systematische Arbeit zum Ausgleich ist auf diesem Gebiete von uns noch nicht geleistet worden. Unser Lohnintervall ist aber ein bestmögliches, daß wir alle Ursache haben, uns intensiv solcher Arbeit zu widmen, um bei Lohnbewegungen planmäßiger und zielbewußter vorgehen zu können.

Wie kosten wir aber Klarheit in dem Wettbewerb? Wie kann man die Ungleichheiten aus dem Wege? Wir haben in Hamburg den ersten Schritt dazu getan. Die unterschiedlichen Preise in einem Wirtschaftsgebiet können nur verschwinden, wenn von einer Zentrale (Ortsverwaltung) aus planmäßig gearbeitet wird. Um eine Ortsverwaltung hierin zu unterstützen, müssen sämtliche Preislisten der Fabrikanten und Kaufhausgäerten eingezogen und natürlich, das ist das Wichtigste, jede Veränderung und Neu-einführung, vor der Zustimmung der Verwaltung übermittelt werden. An Hand der Preislisten versucht man dann, unter Hinziehung einiger Kollegen, für jede im Wirtschaftsgebiet existierende Badung einen Minimallohn festzusetzen. Ein solcher Minimallohn hat nur Gültung für ein normales Fasson. Grobherre und komplizierte Fassons erfahren eine Erhöhung, die man immer leicht finnen kann, wenn ein Grundlohn festgelegt ist. Vorhenden höhere Preise werden gleichfalls von den Minimalpreisen nicht beeinflußt. Weiter muß man den Minimallohn zerlegen in die vorhandenen Sortimente. Ein Beispiel aus unseren Beratungen sei zur Orientierung kurz angeführt. B. B.: für normale Fassons Minimallohn für Zwanzigstiel-Badung pro Mille 2,80 M. Der Lohn wird gefunden: für vor sortierte 40 g, für rot und sahl 30 g, für hell und dunkel 20 g, blank und matt 20 g, für rot und sahl 30 g und für paden und spiegeln 1,10 M. Solcher Unterbau für alle Badungen und dann die Nebenarbeiten extra festgelegt, wird jede Verwaltung befähigen, an Hand der Registratur, vereint mit den Kollegen, die Ungleichheiten aus der Welt zu schaffen. Bei entsprechender Reaktion wird stets ein gleichartiger Aufschlag gefordert werden. Es wird dann nicht mehr vorkommen, daß in demselben Wirtschaftsgebiete für eine Mehrarbeit 30 g gezahlt wird, während eine Nacharbeit womöglich für dieselbe Mehrarbeit nur 15 g bezahlt. Welchen Nutzen eine solche Registratur bei Lohnkämpfen oder bei ev. Verlegung der Industrie uns bringen wird, können die Kollegen wohl selbst ermessen. Der hilflose Schrei, welcher aus einzelnen Darlegungen herausstinkt, wird verschwinden. Die Kollegen werden leichter für die organisatorische Arbeit zu gewinnen sein. Die Organisierten müssen darin das Planmäßige erlernen. Sie werden einsiehen, daß hinter ständigen Einrichtungen auch ständiger Druck vorhanden sein muß und sie werden dadurch leichter ihr Rückgrat in der Organisation finden. Unsere Kollegen wiederum wird die Agitationsarbeit erleichtert. Energisch muß die Sache angefaßt und betrieben werden. Die Verwaltungsmitschieder müssen die Schieber sein. Denn letzten Endes verbürgt nur eine gut geleitete starke Organisation einen stabilen Lohnsatz.

Hamburg, 2. April 1914.
Ludwig Gelpin.

Berichte.

Begebad. Die Mitgliederversammlung am 28. März beschäftigte sich in Gegenwart des Gauleiters wieder mit dem schlechten Material, das mehrere Fabrikanten von Begebad und Umgegend den Zigarettenarbeitern geben. So lädt eine Firma Brasseldecker arbeiten, die sich mit 12 Pfund pro Mille deckt, so daß der Verdienst der Arbeiter, die sich die Tabake selbst antrichten müssen, viel zu niedrig bleibt. Gleichfalls wurde über die andern Tabake gestritten. Es wurde beschlossen, für die Verarbeitung solcher Tabake Lohnausfalltag zu fordern. Bei Brassel und Mehlitz-Deele, die sich über 6 Pfund Feuchtgewicht arbeiten, soll die Decke ausgezahlt und mit der Alpe ausgeglichen gelöst werden; falls hierzu keine Arbeitskräfte vorhanden sind, soll der Zigarettenarbeiter einen Aufschlag von 1 % pro Mille erhalten. Für Domingo- und Carmen-Umbau, das sich mit mehr als 6 Pfund Feuchtgewicht, und für Nava- und Sumatra-Umbau, das sich über 6 Pfund pro Mille arbeitet, sollen 50 g pro Mille Aufschlag gezahlt werden. Falls sehr kleine Einzelgetabake (z. B. Brassel) gearbeitet werden, sind diese den Zigarettenarbeitern angerechnet zu liefern; gleichzeitig dies nicht, so ist ein entsprechender Aufschlag zu zahlen. Der Gauleiter wurde beauftragt, diese Forderungen allen in Betracht kommenden Fabrikanten schriftlich zu unterbreiten. Vom 2. April: Bevollmächtigter wird gefragt, daß Einwandernde nicht die Zeit der Unterstützungsabzahlung (mittags 12-1, abends 6-8 Uhr) mehrhalten und daß Einwanderen nicht lassen können. Der Gauleiter rät, große Verbände gegen das Nachweiszulassen, dem Vorstand zu melden, der dann gegen solche Kollegen mit aller Strenge vorgehen wird.

Tannenberg. Am 5. April fand unsere Mitgliederversammlung statt. Kollege Benzler gab die Abrechnung, die von den Kolleginnen geprüft und für richtig befunden wurde; dem Kollegen wurde hierauf Entlastung erteilt. In Punkt 2 erkannte Kollege Baier als Delegierter vom Abstimmungsausschuß Bericht. Erührte aus, daß eine Neuwahl stattfindet und daß beschlossen wurde, in nächster Zeit einige lehrreiche Bücher anzuschaffen. Der Kartellbericht gab Kollege Geißert. Der Kollege Holtwidt stieg noch hinzu, daß das Kartell den Beitrag erhöhen muß. Die Beitragsabrechnung wurde von der Versammlung gutgeheissen. Auf Grund eines Schreibens des Gauleiters, betr. Haushaltung, wurde beschlossen, drei Mitglieder nach Scheidenberg zu schicken. Am Stelle des L. Bawohl-

eingestrichen, Kollegen Holtwidt, der von hier abreist, wurde der bisherige 3. Bevollmächtigte gewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Emil Matzowitz als einstimmig gewählt. Im Bereich diesen entspann sich wegen der Umzugshilfe eines Kollegen eine längere Debatte. Es wurden dann noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Goest. Die Firma Aug. Erdger, deren Verhalten gegenüber den organisierten Kollegen wir noch förmlich im Tabakarbeiter schilderten, hat nun wieder den 1. Bevollmächtigten nebst dessen Witwe gemäßgesetzt. Gegen den Kollegen ist schon seit Wochen alles mögliche aufgestellt, um ihn aus dem Betriebe zu bringen. Man hat sich hierfür organisiert,以便 welche ihn provozieren möchten. Als das alles nichts nutzte, wurde in hörbafter Weise von den Unorganisierten auf den Verband geschimpft und als das auch noch nicht half, wurden dem Kollegen schwere Gedanken gemacht. Dieses Verhalten erwiederte dann Entrüstung. Da war das Signal gegeben, Meister und Fabrikant erschienen und nun erkönnten die schon bekannten Schreiber heraus. Heraus! Um Sonnabend erreicht der 1. Bevollmächtigte seinen Lohn nicht, er wurde zu Sonntag morgen zum Chef bestimmt. Der Chef drauste sofort auf und unterstrich auch hier seine Verantwortung des Kollegen damit, daß er ihm „Heraus!“ zuschrie; er sei Herr im Hause. Geld stand er nicht. Trotz aller Schikanen lag am Montag morgen der Kollege wieder auf seinem Platz und gerade ergötzlich soll das Gesicht des Meisters gewesen sein. Goest ist von organisierten Kollegen zu meinden. Trotzdem ist ein Kollege von München am 1. April zugezogen. In Goest wird keine Unterstützung an Durch- und Zureihende ausgeschahlt, ebenso wird vom Verband keine Umzugshilfe bezahlt. Wir ersuchen die Kollegen, dieses zu beachten!

Briefkasten der Redaktion.

Wegen Raumangabe mussten einige Einsendungen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Beder, Stuttgart: Wird nicht mehr veröffentlicht, weil zu spät eingegangen.

Kollegen in Schwäbisch Gmünd: Wir wissen nicht, wie die sozialdemokratische Reichstagssktion sich künftig zu einem Tabakmonopol stellen wird; früher hat sie sich ablehnend verhalten.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Goetl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82. — Telefon Nr. 8046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmt: Anschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.

Geld, Einschreib- und Werbendienst nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Haulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 82. — Bankkontor, bei der Bankabteilung der Groß-Auktions-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Postskonto Nr. 5349 beim Postamt in Hamburg.

für die Expedition bestimmte Anschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.

Für die Mediation bestimmte Anschriften sind an Gustav Niedorf, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.

Für den Ausdruck bestimmte Anschriften sind an Paul Götzen, Altona-Ditzen, Friedensallee 46 I., zu adressieren.

Voranstaltmachungen.

Ohne Abmeldung ist abgereist: Frankenbergs i. S.: das Mitglied Paul Jähn aus ?, geb. 23. 4. 1889, Buch S. II. 39 434, einget. 28. 1. 1912. (S. 461, S. 14.)

Als verloren gemeldet: Nellingen: Das Mitgliedsbuch S. I. 24 670, lautend auf Adolf Lang aus ?, aufgenommen 1. (S. 463, S. 14.)

Der Vorstand.

Abrechnungen vom 1. Quartal gingen ein in der Zeit vom 8. bis 14. April.

Vom 1. Gau, Hamburg: Rellingen, St. Johoe, Verden, Barel, Büderup, Gehrden, Hörstel, Celle, Halberstadt, Seesen, Ilfeldhausen, Groß-Nieden, Northeim.

Gau Nordhausen: Rotenburg, Frankenhausen, Oberode, Gebelee, Arnstadt, Plaue, Gartendorf, Ermenschweid, Hettstedt, Unterliezen.

Gau Herford: Halden, Bielefeld, Osnabrück, Minden, Spelle, Viersen, Emmerich, Schötmar.

Gau Frankfurt a. M.: Kreuznach, Mainz, Dittelsheim.

Gau Heidelberg: Mannheim, Kaiserslautern, Dillingen, Alzey, Wiesloch, Renningen, Eberlohe.

Gau Offenbach: Gengenbach, Offenbach.

Gau Karlsruhe: Kudersberg, Schorndorf.

Gau Erfurt: Zeitz, Ronneburg, Bamberg, Schmölln, Kahla, Gera, Halle, Weißenfels.

Gau Dresden: Döbeln, Löben, Johanngeorgenstadt, Naunhof, Annaberg, Gersthennsdorf, Neugersdorf, Leisnig, Gräfenthal, Naunzen, Königsfeld, Rötha, Werdau, Döbeln, Hänichen, Frankenberg.

Gau Breslau: Böhlen, Frankenstein, Jauer, Halbendorf, Goldberg, Hohna, Neumarkt, Oschatz.

Gau Berlin: Oden, Trebbin, Neudamm, Wusterow, Bösen, Wolgast, Röthen, Jüterbog, Hinterwalde, Elster, Wemel, Glogau, Friedeberg.

Der Vorstand.

Adressen der Bevollmächtigten.

Freiburg i. Br.: 1. Bev. Ab. Bremendorf (Sort.), Lehnerstraße 16, II, 2. Bev. Salomon Fuchs, Hochberg 20.

Tannenberg (10): 1. Bev. Ernst Schönach.

Waldkirch (4): 2. Bev. W. Stahlmeyer, Blothe-Hollwiesen Str. 8.

St. Blasien (11): 1. Bev. K. Böhr, Kleinst. 1.

Kahla (9): Alle Anschriften sind an Rudolf Damm, Hospitalstraße 28 zu richten.

Woltersdorf (12): 1. Bev. Aug. Stolz, Unterlaufenstr. 6.

Kaiserslautern (6): Alle Anschriften und Sendungen sind an 2. Bev. Ph. Schi. Kleistr. 32, II, zu richten.

Blasewitz, Thür. (3): Alle Anschriften sind sofort an 1. Bev. Gustav Hermann, Mühlwiesen 90, zu richten.

Andermühlbach, Württ. (9): 1. Bev. Joh. Heile.

Friedeberg (12): 2. Bev. Jakob Hoffmanns, Schützenwall 1.

Blankenau: Arbeitslosenhilfeunterstützung wird an durchreisende Mitglieder nicht mehr ausgeschahlt.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (V. = Verbandsbeiträge, S. = Freiwillige Beiträge, A. = Annoncen):

1. Hamburg: Hamburg V. 200, — 4. April: Pirna V. 100, —

Altenburg V. 200, — Penig V. 84, — Waldkapell V. 68,70. Mühlberg V. 62, — Rellingen V. 180, — Wittenberge V. 100, —

Münster i. Westf. V. 360, — 5. April: Elmshorn V. 50, — Offenburg V. 100, — Klein-Krapenburg V. 170, — 6. April: Dietrichstein V. 50, — Chemnitz V. 180, — Kreischa V. 180, — Wiedelsbach V. 60, — Ortsch. V. 100, — Hameln V. 20, — Nienburg V. 100, — Rödelsee V. 20, — Frankenstein V. 50, — Nienburg V. 80, —

2. April: Rellingen V. 80, — Tannenberg V. 100, — Nienburg V. 100, —

3. April: Nienburg V. 80, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

4. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

5. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

6. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

7. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

8. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

9. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

10. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

11. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

12. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

13. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

14. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

15. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

16. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00, —

17. April: Bremen V. 100, — Pirna V. 100, — Geringenwald V. 200,00

H Neue Sumatra - Einkäufe F

in der Einschreibung vom 9. April 1914

Hellfahle, schneeweiss brennende Qualitäts - Tabake

Zusammenfassung meiner neuen Sumatra - Offerten:

Nº 2025

Sandblatt.
Vollblatt 2. Länge, hellgraufahl
Mk. 12.00 verzollt

Nº 2026

Sandblatt.
Lochblatt 1. Länge, hellgraufahl
Mk. 11.75 verzollt

Nº 2054

Fussblatt.
Vollblatt 1. Länge, hellgraufahl
Mk. 10.00 verzollt

Nº 2053

Pflückblatt.
Vollblatt 2. Länge, hellfahl
Mk. 9.00 verzollt

Nº 2055

Fussblatt.
Lochblatt 1. Länge, hellfahl, wie Vollblatt
Mk. 8.75 verzollt

Nº 2056

Pflückblatt.
Vollblatt 3. Länge, hellfahl
Mk. 8.50 verzollt

Nº 2023

Sandblatt.
Vollblatt 2. Länge, hell und matt
Mk. 5.80 verzollt

Nº 2052

Sandblatt.
Lochblatt 2. Länge, fast Vollblatt, hellfahl u. hell
Mk. 5.60 verzollt

Nº 2051

Sandblatt.
Vollblatt 3. Länge, mattfahl
Mk. 5.20 verzollt

Nº 2057

Pflückblatt.
Lochblatt 1. Länge, hell und matt
Mk. 3.90 verzollt

Nº 2050

Sandblatt.
Vollblatt 4. Länge, grau und fahl
Mk. 3.25 verzollt

Nº 1961.

Sandblatt. Vollblatt 2. Länge,
hellfahl Mk. 10.00 verzollt

Nº 1868.

Sandblatt. Vollblatt 2. Länge,
mattfahl Mk. 8.00 verzollt

1912er Sumatra-Sandblatt: Nº 1916

Vollblatt 1. Länge,
hellfahl

Mk. 15.00

Nº 1860

Vollblatt 1. Länge,
weissfahl

Mk. 24.00

verzollt

Heinrich Franck

Berlin N 54, Brunnenstr. 22 Gegründet 1879

Hermeking & Boy

— Berlin, Brunnenstrasse 183 —

Versuchen Sie im eigenen Interesse unsere ganz vorzüglichen
Sumatra - Vollblatt - Decken

in den Preislagen von 230 bis 700 Pfg. pro Pfund verzollt,
wenn Sie uns genaue Wünsche angeben, erhalten Sie einzelne ge-
feuchte Typen gratis zugesandt.

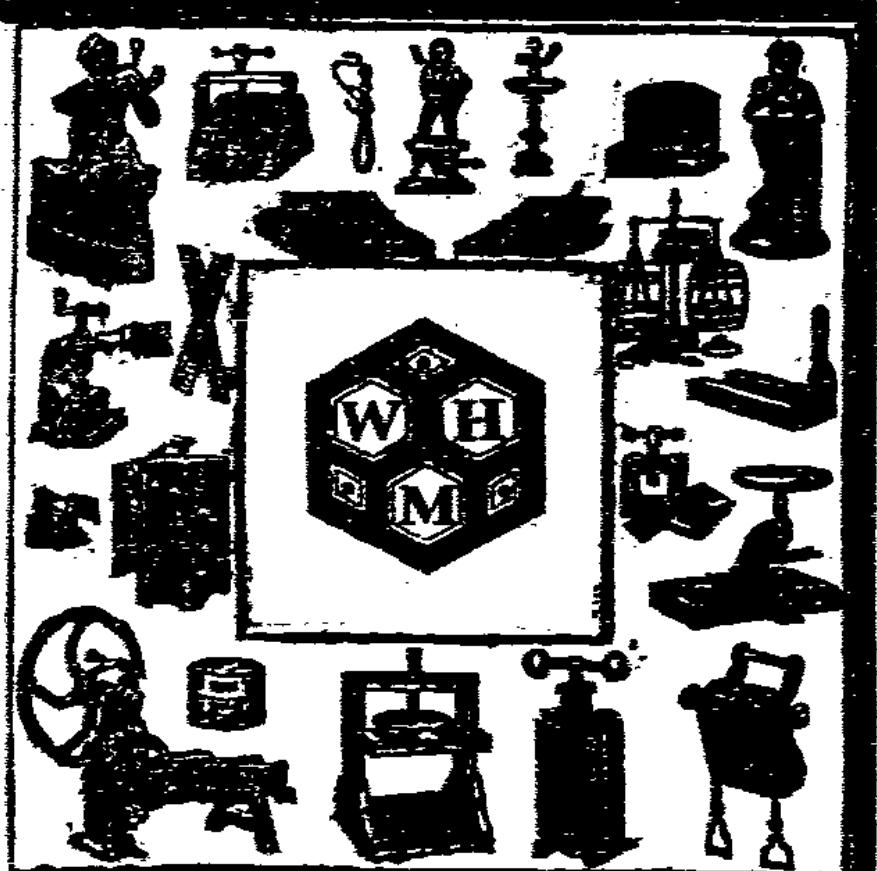
Wir unterhalten auch grosses Lager in allen Arten

Umlblatt- u. Einlage-Tabaken

und bitten, bei Bedarf unsere Offerten einzufordern.

Gebrauchte Wickelformen und

Utensilien stets am Lager.



Wickelformenpressen von M. 7.75 an.
Pressbänder, unverzöglichlich, per St. 70 4.
Rollbretter per Stück von M. 1.50 an.
Arbeitsmesser à 25 4. Traganth per
Pfd. M. 1.10. Amlac per Pfd. M. 1.75. Bün-
delband per 50 m 45 4.

Gebrachte Formen von 20 Pfennig per Stück an.

Tüllen und Tüllmaschinen.

Blättermaschinen, bewährte Modelle, M. 1.25.

Presskästen von M. — 80 per Stück an. Einschlag-

papier, Etiketten in vielen Sorten.

W. Hermann Müller Berlin
Magazinstr. Nr. 14

Erstes Spezialhaus für Zigarettenfabrikats-Utensilien
Illustrierte Kataloge gratis und franko

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482
— amerikanisch reelle, billige —
Bezugssquelle sämtlicher Tabake
empfiehlt

Sumatra-Decker (schneweiss)
Brand) 180, 200, 220, 240, 260,
280, 300, 310, 320, 340,
400, 420, 450, 500 4.

Sumatra-Umlblatt (Vollblatt) 140,

150, 160, 170 4. Stadtblatt 180,

140, 150 4.

Java-Decker (hell) 270, 280, 300,

350 4. (mittel) 200, 220, 240,

260 4.

Java-Umlblatt (leicht, flottbrennend)

120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 4.

Java-Einlage 95, 100, 105, 110,

115 4.

Vorsterland-Decker 180, 200, 220,

240, 260, 270, 300, 320, 350 4.

Brazil-Decker 170, 180, 200, 220,

230, 240 4.

Brazil-Einlage u. Umlblatt 120,

125, 130, 135, 140, 150, 160,

170 4.

Geschnittene Einlage 110 4.

Carmen-Umlblatt 105, 110, 120,

130, allerfeinstes Umlblatt 140 4.

Domingo (sehr leicht) 100, 105,

110, 120, 130 4.

Seedleaf 110, 120 4.

Losgal (blattig) 95, 100 4.

Original-Rischtung 105, 110, 120 4.

Havanna 150, 200, 250, 300, 400 4.

Becker 650 4.

Yara-Cuba (tauer) 180, 200, 250 4.

Gute Existenz.

Ein gutgehendes Rahtabak-
Detailgeschäft ist besonderer
Umstände halber unter günstigen
Bedingungen zu verkaufen.

Kleinen Meistern und Gitarren-
machern kann dieses Geschäft emp-
fohlen werden, da es eine ruhige
und sichere Existenz bietet. Er-
forderliches Kapital ca. 8000 M.
Offerten an die Expedition d. BL

Unser Kollegen Heinr. Günther
nebst Braut noch nachträglich zu
ihrer am Osterfest stattgefundenen
Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen d. Zahlstelle Gleichen.

Unser Kollegen Albert Knabe
nebst Braut die herzlichsten Glück-
wünsche zu ihrer am 18. April statt-
findenden Hochzeit. Die Kollegen
u. Kolleginnen d. Zahlstelle Trefurt.

Briefkasten.

Gießen 60 4.
Treffurt 60 4.

GEBAUCHTE
WICKELFORMEN
IN NUR MODERNEN FACONS

Verwenden Sie sich
von den niedrigen Preisen
sondern Sie sofort kostenlose
Zusendung des
MUSTERBOGENS

L. COHN & CO.

WICKELFORMEN UND WICKELKOMMEN

BERLIN-N. 24 BRUNNENSTR. 24

Verdanken Sie kontinuierliche
SOEDEN ERSCHIENENNE

LISTE 24

über alle möglichen Bedarfserfordernisse

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 16

Sonntag, den 19. April

1914

Zum 9. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Der 9. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands ist zum 22. Juni d. J. nach München einberufen.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche auf die genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 1. Mai d. J. an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einzusenden.

Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einer Zahlstelle oder von dem Zentralvorstande der Gewerkschaft untersucht werden.

Unser Verband hat zu diesem Kongress der Gewerkschaften Deutschlands 11 Delegierte zu entsenden. Der Vorstand des Verbandes wählt hiervon zwei Delegierte, der Ausschuss des Verbandes einen Delegierten, und die Mitglieder des Verbandes acht Delegierte. Letztere sind in nachbenannten Wahlkreisen zu wählen:

Wahlkreise.

Der 1. Wahlkreis umfasst die Zahlstellen des Gau Hamburg-Altona mit dem Vorort der Zahlstelle Hamburg-Altona.

Der 2. Wahlkreis umfasst die Zahlstellen der Gau Braunschweig und Nordhausen mit dem Vorort der Zahlstelle Nordhausen.

Der 3. Wahlkreis umfasst die Zahlstellen des Gau Hesford i. W. mit dem Vorort der Zahlstelle Hesford i. W.

Der 4. Wahlkreis umfasst die Zahlstellen der Gau Frankfurt a. M. und Heidelberg mit dem Vorort der Zahlstelle Frankfurt a. M.

Der 5. Wahlkreis umfasst die Zahlstellen der Gau Karlsruhe, Offenburg und Erfurt mit dem Vorort der Zahlstelle Karlsruhe.

Der 6. Wahlkreis umfasst die Zahlstellen des Gau Dresden mit dem Vorort der Zahlstelle Dresden.

Der 7. Wahlkreis umfasst die Zahlstellen des Gau Breslau mit dem Vorort der Zahlstelle Breslau.

Der 8. Wahlkreis umfasst die Zahlstellen des Gau Berlin mit dem Vorort der Zahlstelle Berlin.

Der Vorstand. J. A. E. Deichmann.

Frisch auf zur Tat!

Der Winter ist überstanden. Bei den Tabakarbeitern ist der Winter ein ungebeterter Gast; sie fühlen seine Härte sehr, denn sie sind arm, zählen sogar trotz ihres eifigen Schaffens zu den ärmsten unter den Arbeitern. Der Kapitalismus kennt keine Menschlichkeit und handelt nach seinen furchtbaren Gesetzen. Jahr lang lastete ein schwerer Druck auf der Tabakarbeiterchaft und die Frage: Hast du und die deinen morgen noch etwas zu essen? wird von einem Tag zum andern gestellt. Und gerade im Winter ist die schlimmste Zeit für die Tabakarbeiter, das Geschäft erreicht gewöhnlich in den ersten Monaten des Jahres seinen größten Tiefstand. Riecht der Frühling ins Land, beginnt das Knöpfen und Blühen, dann senkt sich in das Herz des Tabakarbeiters auch ein warmer Hoffnungsstrahl; er denkt an bessere Zeiten. Oftmals in den letzten Jahren ist er freilich in seinen Hoffnungen schwer getäuscht worden. Die Krise dauert schrecklich lange im Tabakgewerbe, besonders in der Zigarrenindustrie. Wir klagen jene an, die aus rücksichtslosen Sonderinteressen mittels einer das Volkswohl verachtenden Gesetzgebung zur Herbeiführung eines solchen Zustandes beigetragen haben.

Aber immerhin, der Winter ist überstanden, und wenn auch von einer flotten Zeit in der Tabakindustrie auf lange Zeit hinaus nicht die Rede sein wird, so tritt doch mit dem Frühling ein kleiner Aufschwung ein, wie alljährlich meist. Die Tabakarbeiter haben ein Recht zum Leben wie andere auch, und sie hängen am Leben, trotz ihrer Armut, sie haben die Hoffnung noch nicht verloren. Ach, wenn es mit der Hoffnung allein getan wäre! Die Tabakarbeiter in ihrer Mehrheit haben zu viel gehofft. Nicht daß wir ihnen die Hoffnung auf bessere Zeiten rauben möchten. Im Gegenteil! Wir möchten, daß jede Tabakarbeiterin und jeder Tabakarbeiter von einer festen Zuversicht getragen ist, wenn sie in die Zukunft blicken. Hoffnung und Zuversicht sind aber wertlos, wenn sie sich nicht in tatkräftiges Handeln umsetzen. Wer nun von der Hoffnung lebt, verläßt sich allenfalls auf andere, sinkt aber selbst zur Bedeutungslosigkeit herab; weder seine Lage noch sein Hessen wird Beachtung finden. Wem ein heiliges Feuer im Herzen brennt — und das sollte allen Menschen —, wird mit starkem Willen zur Tat kommen. Nicht nur Hammern und Klagen führt die Tabakarbeiter auswärts, sondern der starke Wille, die fühne Tat!

Es ist doch wahnsinnig nicht zu viel verlangt, wenn man bei den Tabakarbeitern und Tabakarbeiterinnen den Willen voransetzt, sich der Organisation anzuschließen. Heute, da Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind, da tausende Tabakarbeiter ihrer Berufsorganisation angehören, bedeutet der Beitritt zum Verband doch nicht mehr ein Sprung ins Dunkle. Heute, da die Gewerkschaften der Gewerkschaften, auch unseres Verbandes, unbestritten sind und jedem Punkt für Punkt meistens schon klar gelegt worden sind, sollte es selbstverständlich sein und einer inneren Überwindung nicht mehr

bedürfen, in Reich und Glied zu treten mit den Tatenfreudigen des Berufs. Ist ein Tabakarbeiter zu finden, der nicht so viel verdienen möchte, daß er sich besser ernähren kann als jetzt? Gibt es Tabakarbeiterinnen, die nicht gern ihr Einkommen so gestalten möchten, daß sie davon leben können, wie es Menschen, die nicht auf jegliche Daseinsfreuden verzichten, geziemt? Alle, alle möchten vorwärts kommen. Nun, dann müssen sie auch durch die Tat befinden, was sie im Innern befehlt und was sie erhoffen! Dann dürfen sie nicht anderen das Feld des Kampfes überlassen und durch ihr Fernbleiben noch die Position der Fabrikanten stützen. Wer nicht dem Verband angehört, stärkt die Macht des Unternehmers und gibt ihm weiter die Möglichkeit in die Hand, mit den Tabakarbeitern mehr oder weniger Schindluder zu spielen.

Sind es gesunde Zustände, unter denen die Tabakarbeiter gegenwärtig leben? Und was meint ihr wohl, ihr Fernstehenden, wie es erst sein würde, wenn der Deutsche Tabakarbeiterverband nicht wäre? O, ihr lasst euch seine Hilfe auch gern gefallen. Ihr habt nichts dagegen, wenn er euch mehr Lohn, bessere Behandlung verschafft. Wenn euch das Messer an der Kehle saß, habt ihr auch oft genug schon den Verband zu finden gewußt. Gibt es noch einen besseren Beweis für die Notwendigkeit des Deutschen Tabakarbeiterverbandes? Aber ihr seid so kurzfristig und kleingläubig, daß ihr glaubt, das mächtige Unternehmertum könnte schon in einem Unlauf beeindrucken werden. Glück der Unlauf, so meint ihr, nun genug getan zu haben, glückt er nicht, so glaubt ihr, einen untrüglichen Beweis dafür zu haben, daß es doch nichts nützt. Fragt euch doch immer wieder, was ihr denn schon getan habt für eure Sache, für euch selbst! Meint ihr, daß man gegen eine Welt von Feinden, gegen eine ungeheure Kapitalmacht im ersten Schwerstreich siegen kann? Das ist ganz undenkbar. Dazu bedarf es des unablässigen zähen Kampfes. Und wer nicht dabei ist, wir wiederholen es, stärkt die gegnerische Macht, und soll sich nicht beschlagen über die erbärmlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter. Was meint ihr wohl, ihr Fernstehenden, wenn ihr alle dem Verbande angehören würdet, könnten wir dann nicht ein anderes Wort mit unseren Fabrikanten reden? Die Organisierten können euch mit Recht den für einen Arbeiter und eine Arbeiterin schweren Vorwurf machen: Ihr seid mitschuldig, wenn die Tabakarbeiterchaft darben muß!

Der Winter ist überstanden, die schlimmste Zeit der Sorge ist wieder vorbei. Hier und dort schon die Anzeichen einer mäßigen geschäftlichen Aufwärtsbewegung. Nun denn, ihr Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen! Lasst die aufsteigende Frühlingssonne auch für euch das Signal sein zum Treiben und Knöpfen. Alles rüstet sich. Für die Gewerkschaften ist es die Zeit der besseren Arbeitsgelegenheit, ihr Feld zu bebauen, neue Kämpfer zu werben. Wie steht es bei uns? Wollen wir nicht auch uns rüsten und hinauszischen und lehren allen Fernstehenden, daß im Deutschen Tabakarbeiterverband die Wehr und Waffe der deutschen Tabakarbeiterchaft zu suchen ist? Wollen wir den Betörten und Ungläubigen nicht verkünden, daß auch ihnen ein sicht- und freudenreiches Dasein wünscht, wenn sie mit uns schaffen und weben am großen Webstuhl der Zeit? Wollen wir nicht ernst und eindringlich reden zu ihnen und ihnen sagen, daß sie pflichtvergessen gegen sich und uns sind, wenn sie willens- und tatenlos sich für ein Lumpengeld ausnähen lassen? Wer von uns möchte daheimbleiben? Wem lodert nicht das heilige Feuer für seine Sache im Herzen!

Und so wollen wir, angefan mit unserm geistigen Rüstzeug, die Zeit ausnutzen, so lange es geht, nein, immer! Kein organisierter Tabakarbeiter, keine Tabakarbeiterin fehle! In allen Zahlstellen beginne von nun ab eine emsige Tätigkeit! Der Erfolg unserer Arbeit liegt vorwiegend in der Hausagitation. Überall können die Unorganisierten nach Listen geordnet werden; dann sind sie in Straßen oder Häuser einzuteilen und von den Kollegen und Kolleginnen zu besuchen. Nicht einmal, wenns nicht gleich gelingt, sondern mehrfach und immer wieder. Und gelingt es nicht dem einen Kollegen oder der Kollegin, dann schide man abwechselnd andere dahin. Am besten ist, wenn immer zwei Personen zusammengehen. Aber auch, wo sich sonst Gelegenheit bietet, den Fernstehenden mit den Zwecken unseres Verbandes bekannt zu machen und sie immer und immer wieder zum Eintritt aufzufordern, soll es nicht unterlassen werden. Sagt auch den Arbeitern anderer Berufe, deren Frauen und Kinder in der Tabakindustrie beschäftigt sind, daß diese unserer Organisation angehören haben. Seht euch allenfalls mit den anderen Organisationen, mit den Kartellvorständen in Verbindung! Es muß eine Energie von der Kollegenschaft wie nie zuvor entwickelt werden.

Auch zu jenen unserer Mitglieder, die immer glauben, sie seien zu gut oder nicht gut genug zur Agitation, möchten wir einige Worte sagen. Feder und jede ist zur Agitation, besonders zur Hausagitation, nützlich. Es nicht zu können, ist eine faule Ausrede. Man muß nur wollen! Es hat schon so mancher geslaubt, dies oder das nicht zu können, als ihm aber nichts anderes übrig blieb, als er sich mit festem Willen daran mache, gings besser als er dachte. Je mehr unserer Mitglieder sich zur Tat bekennen, um so größer ist die Summe unserer Energie. Das Resultat muß dementsprechend ausfallen. Ein Mißerfolg kann den Mutigen natürlich nicht abschrecken. Auch dem einzelnen möchten wir sagen, daß er nicht nur einmal, sondern dauernd sich zur Verfügung zu stellen hat. Die Freude des Gelingens lohnt und schließt alle.

Der Frühling beginnt, mag uns die beste Zeit nicht

untätig finden. Wir Tabakarbeiter müssen noch sehr, sehr viel erringen, wollen wir mit der übrigen Arbeiterschaft gleichstehen. Der Tag des Kampfes kommt, er darf uns nicht schwach finden!

Die Tabakindustrie in Baden 1913.

Aus dem Bericht des badischen Gewerbeausschusses.

III.

Der Bericht des badischen Gewerbeausschusses gibt dann eine Zusammenstellung über die Häufigkeit der Erkrankungen der Mitglieder einer Ortsfrankenfasse und fünf Fabrikfrankenfassen der Tabakindustrie, eingeteilt nach Krankheitsgruppen. Dann heißt es weiter:

Zigarrenarbeit und Frauenleiden.

Auch die Zahl der Unterleibskräfte ist, wie die Statistik lehrt, nicht unbedeutend. Häufig sind namentlich bei jüngeren Arbeitern die Fälle von Dysmenorrhoe und Leukorrhoe. Die Ursachen sind weniger in der Nikotin- aufnahme zu suchen, als in den Schädigungen, die jede Fabrikarbeit in ihrer Haltung für den weiblichen Organismus mit sich bringt. Durch anhaltendes Sitzen bei vorübergelegter Haltung wird ein starker Druck auf die Unterleibssorgane ausgeübt, es treten venöse Stauungen und in weiterer Folge Unterleibskräfte auf. Auch treffen ja Bleischwefel und Dysmenorrhoe sehr häufig zusammen. Zigarrenarbeit und Fehlgeburten.

Gemeinden	Einfloss Geburten	Zahl der Arbeiterinnen und Arbeitern im betrieb oder arbeits- suchend	Zahl der Arbeiterinnen und Arbeitern im betrieb oder arbeits- suchend	Zahl der Geburten im betrieb oder arbeits- suchend	Geburten- ziffer auf 100 Geburten
Baierthal	1 670	192	11	75	1 822 5,7
Dielheim	1 960	404	21	48	1 514 3,2
Hörnberg	1 170	60	5	18	774 2,3
Malsch	1 440	200	14	39	1 044 3,7
Malschberg	750	181	17	10	608 1,5
Malschhausen	1 840	447	24	57	1 662 3,4
Rauenberg	1 580	321	20	66	1 241 5,2
Kettigheim	740	140	19	14	504 2,7
Rot	2 090	467	22	102	1 482 6,8
Rotenberg	830	29	9	1	206 0,5
St. Leon	2 130	402	19	91	1 420 6,4
Schathausen	720	61	8	7	475 1,4
Tairnbach	670	148	22	54	438 12,1
Walldorf	3 990	632	13	118	3 102 3,8
Wiesloch	6 590	267	4	97	2 967 3,3
Amtsbezirk Wiesloch ..	27 670	3 801	14	796	18 769 4,2

Tabakausfälle gelten als Abortivmittel. Die Behauptung, daß Tabakarbeiterinnen leichter abortieren, findet sich in der Literatur, von anderer Seite wird es bestritten.

Die vom Verfasser befragten Arzte in Gegenden der Zigarrenindustrie geben an, daß die Zahl der Aborte groß sei, aber die Ursache konnten sie jedoch keine bestimmten Angaben machen, insbesondere bezweifelten sie, ob dem Nikotin ein erheblicher Einfluß zukomme. Es wurde versucht, auf Grund statistischer Daten nähere Anhaltspunkte zu erhalten. Hierzu schien der Amtsbezirk Wiesloch am geeignetesten, woselbst mit Ausnahme der Amtstadt ausschließlich Zigarrenindustrie anfängt ist. Die Amtstadt hat Thonwaren-, Metall- und Lederindustrie und ist durch Straßenbahn mit Heidelberg verbunden. Es spielen hier schon städtische Einflüsse mit.

Im Amtsbezirk Wiesloch kamen in 20 Jahren auf 100 Geburten 4,2 Aborte, während der Landesdurchschnitt 1909 und 1910 3,35 betrug. Die großen Städte stehen erheblich über dem Landesdurchschnitt, während die ländlichen Bezirke ihn nicht erreichen. Für einen ländlichen Bezirk wie Wiesloch ist der Durchschnitt 4,2 entschieden hoch. Im einzelnen weisen die Orte mit mehr Landwirtschaft, Horrenberg, Schathausen, niedrigere Verhältnisse auf, wie die Hauptorte der Zigarrenindustrie, Rot, St. Leon, Rauenberg und Walldorf. Mühlhausen dagegen zeigt trotz seiner verhältnismäßig starken Industrie nur mittlere Belastung.

Der bündige Beweis für die abortierende Entwicklung des Nikotins auf Zigarrenarbeiterinnen scheint durch die gegebenen Zahlen noch nicht erbracht.

Sänglingssterblichkeit.

Die Sänglingssterblichkeit in den Gegenden der Zigarrenindustrie ist sehr hoch. Diese Bezirke stehen an der Spitze der Statistik für ganz Baden.

Es starben 1910 im 1. Lebensjahr Prozent der Lebendgeborenen im Jahr 1910 lebend geboren im

Amtsbezirk:

Schwingen	25,1	42,0
Bruchsal	24,9	36,7
Wiesloch	20,8	34,6
Ettlingen	20,0	30,6

Dagegen weisen andere Amtsbezirke mit Zigarrenindustrie folgende Ziffern auf:

Voreck	10,9	28,2
Schopfheim	10,9	22,5
Säckingen	10,0	26,8
Landesdurchschnitt	15,7	29,7

Diese Verhältnisse können als Beleg für die von Matzel* und anderen aufgestellte Behauptung gelten, daß

die Sterblichkeit unter den Sänglingen deshalb so groß ist.

* Die Einwohnerzahl und die Zahl der Zigarrenarbeiterinnen entstammen der Zählung von 1910. Die Zahl der Geburten und Aborte konnte durch Vermittlung des Bezirkspfarrers den Zählungen der Gebarmutter aus den Jahren 1898 bis 1912 entnommen werden.

* Über den Einfluß der Berufstätigkeit auf die Entstehung von Frauenschwäche, von Heng. Zeitschrift für Gewebehygienie, 1912, Nr. 16—18.

sei, weil Mütter in die Welt übergehe. Die Verluste berichten aber übereinstimmend, daß viel weniger die von den Müttern selbst gestillten Kinder sterben, als die künstlich ernährten, besonders dann, wenn die Mütter nach der Geburt sehr bald wieder die Fabrikarbeit aufnahmen und die Kinder fremder Pflege anvertraut wurden. Ein Kindesleben wird oft nicht allzu hoch bewertet, die Zahlen des Verlusts wie des Vergehens sind gleich groß.

Tabakarbeiterlöhne und Warenpreise in Australien.

In Australien werden die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen in der Regel durch staatliche Behörden festgesetzt, nämlich sogenannte Mindestlohnämter oder obligatorische Schiedsgerichte. Der Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern oder ihren Organisationen ist in drei Staaten des australischen Bundes (Neu-Südwales, Südaustralien und Westaustralien), sowie in der nicht zu dem Staatenbund gehörenden Kolonie Neu-Seeland, zulässig; solche Tarife müssen, um rechtswirksam zu werden, den staatlichen Gewerbebehörden zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Arbeitseinstellung als Mittel zur Herbeiführung von Änderungen der Arbeitsbedingungen ist in allen Staaten Australiens, mit Ausnahme von Victoria, verboten. Die Strafen, die bei Übertretung dieses Verbots verhängt werden können, sind teilweise sehr schwer; sie betragen z. B. im Staat Neu-Südwales bis zu 12 Monate Gefängnis. Man hat zwar nicht vermocht, auf diese Weise Streiks und Aussperrungen ganz zu verhindern, aber die Arbeitskämpfe sind auf ein Minimum beschränkt worden. Die Meinungen über den Wert dieses Systems sind selbst unter der australischen Arbeiterschaft noch verschieden. Die Mehrheit tritt zwar für die behördliche Regelung der Arbeitsbedingungen ein, eine starke Minorität ist aber für die Wiederherstellung des freien Koalitionsrechts und die Kampfhandlung besserer Zustände.

Die Tabakindustrie beschäftigt in Australien erst an 4000 Arbeiter, und sie ist fast ganz auf die beiden Staaten Neu-Südwales und Victoria beschränkt. Dies sind auch die einzigen Staaten, wo amtliche Tarife für einen Zweig der Tabakindustrie, nämlich die Zigarrenfabrikation, aufgestellt wurden. Im wesentlichen — der Lohnhöhe und Arbeitsdauer — stimmen die beiden Zigarrenmacherarbeiter überein. In dem Tarif, der im Staat Neu-Südwales für die Zeit vom Januar 1913 bis zum Januar 1915 gilt, sind folgende Stückpreise für die gangbarsten Sorten angegeben:

	Formarbeit (je Hand nach der Zahl arbeit der Formen)	Preis für 100 Stück	A
Flor de Nubes	7,65	4,08—5,61	
Marias	6,63	3,83—5,61	
Lange Marias	7,14	—	
Taper	6,63	3,32—4,08	
Extra-Taper	—	3,57—5,61	
Gewöhnliche gerade Form	5,10	2,81—3,57	

Hierbei ist 1 Schilling mit 1,02 A und 1 Penny mit 8½ A umgerechnet.

Erhöhungen der Stückpreise treten ein bei Überstunden der gewöhnlichen Länge, bei Verwendung gewisser Tabaksorten usw. Die Hundertpreise für das Sortiment von Zigaretten bewegen sich je nach der Zigarettenart und der Art der Stückzahl pro Bündel zwischen 2,53 A und 6,12 A. Für Bucher, Wripper und Widelmacher sind seit jenseitiger Einführung vorgesehen; die Zeitlohn von 10,20 A pro Woche im 1. Quartal der Belegschaftung auf 12,75 A im 2. Quartal, 15,30 A im 3. Quartal und 25,50 bzw. 33,15 A im 4. Quartal und später. Die Mindestwochenlöhne der Zigarettenmacher und der Zigarettenpäckner steigen von 10,20 A in den ersten drei Monaten auf 25,50 A im vierten Quartal und später. Auch diese Arbeiterkategorien können gegen vorgefertigte Stücklöhne beschäftigt werden.

Die über 21jährigen Männer dürfen in der Regel nicht weniger als 40,80 A Zeitlohn erhalten, Vorarbeiter nicht weniger als 66,30 A pro Woche.

Für Überzeitarbeit erhöht sich der Lohn um 50 Prozent. Für außergewöhnlich langsame Arbeiter kann der mit der Durchführung des Mindestlohngegesetzes betraute Staatsbeamte jahresweise besondere Löhne festlegen.

Bei Neueinstellung von Arbeitern ist Gewerkschaftsmitgliedern der Vorzug vor Unorganisierten zu geben.

Die Normalarbeitswoche ist 48 Stunden. Vom Montag bis Freitag hat die Arbeitszeit in die Stunden von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends zu fallen, und am Sonnabend in die Stunden von 8 Uhr früh bis 1 Uhr mittags.

Die Wiedereinführung der Wohnungen sind in Australien sehr hoch; für die beiden größten Städte, Sydney und Melbourne, ergaben sich 1912 folgende durchschnittliche Mietpreise pro Woche:

	Sydney	Melbourne
Wohnungen mit 3 oder weniger Räumen	11,82	9,10
4 Räumen	15,47	10,88
5 "	18,36	14,88
6 "	22,19	18,53

Zu beachten ist bei Beurteilung dieser Zahlen, daß die australischen Arbeiterfamilien vorwiegend in recht wenig angenehmen Holzhäusern wohnen.

Die Fleischmittelpreise sind im allgemeinen nicht teurer als in Deutschland; Fleisch ist in Australien billiger, dafür aber sind Gemüse und andere Waren teurer als bei uns. Es folgen einige Durchschnittspreise aus dem Jahre 1912:

	Sydney	Melbourne
Rindfleisch, 1 kg	0,66	0,70
Hühnerfleisch, 1 kg	1,53	1,67
Hammonialeiste, 1 kg	0,70	0,57
Hammelsorte, 1 kg	1,03	1,00

Schweinebauchfleisch, 1 kg	7,25	1,86
Schweinekleule, 1 kg	1,50	1,27
Butter, 1 kg	2,85	2,95
Eier, 1 Dutzend	1,62	1,45
Milch, 1 l	0,42	0,38
Brot, 1 kg	0,34	0,30
Mehl, 1 kg	0,26	0,23
Kartoffel, 1 kg	0,28	0,24
Reis, 1 kg	0,53	0,53
Tea, 1 kg	3,00	2,75
Kaffee, 1 kg	3,41	3,48
Buder, 1 kg	0,53	0,55

Aus der amtlichen Statistik der Preisbewegungen geht hervor, daß in den 6 australischen Landeshauptstädten der nach dem Familienbedarf bestimmte Gesamtpreis von 48 Warentypen, meist Nahrungsmitteln, 1912 durchschnittlich um 16,2 Prozent höher war als 1901; bei Fleisch betrug die Preisssteigerung zwar nur 4,5 Prozent, bei Wollereiprodukten aber 17,9 Prozent und bei Främerwaren sogar 23,3 Prozent oder fast ein Viertel. Noch ausgiebiger war die Steigerung der Wohnungsmittelpreise, denn sie machte von 1901 bis 1912 40,8 Prozent aus. Das Erfordernis für Wohnung und Nahrung zusammen stieg in diesem Zeitraum um 26,1 Prozent — in anderen Worten: Was der Arbeiter 1901 für 100 A erhielt, hatte er 1912 mit 125,10 A zu bezahlen!

F.

Wohl auf über 1—2 Wochen und 12,12 = 5,2 pft. auf über zwei Wochen. In 3288 Tarifgemeinschaften oder 20,6 pft. sämtlicher, die für 1912 oder 52,6 pft. sämtlicher Tarifbetriebe und 700 000 = 48,3 pft. sämtlicher beschäftigten Personen galten; was die Kündigungsfrist ausgeschlossen.

Arbeitsnachweise waren schon in 1691 = 18,7 pft. der Tarifgemeinschaften vereinbart. Am häufigsten sind die Arbeitnehmer nachweise; in 1461 = 88,4 pft. dieser Tarife war ihnen die Arbeitsvermittlung übertragen. Ihr Wirkungsbereich ist aber bedeutend begrenzter als der der für 197 = 8,1 pft. der Tarifgemeinschaften vorgeflossene paritätischen Nachweise. Ersteren galten für 8048 = 23,8 pft. der Betriebe und 66 784 = 24,6 pft. der Personen, letztere für 21 929 = 64,8 pft. der Betriebe und 150 211 = 65,1 pft. der Personen. Kommunale Arbeitsnachweise sind nur in 76 = 4,5 pft. der Tarifgemeinschaften, 2223 = 8,8 pft. der Betriebe und 14 875 = 6,4 pft. der Personen bestimmt. Geringe Bedeutung haben in den Tarifgemeinschaften die Arbeitsnachweise und noch weniger die Innungsnachweise. Außerdem ist in 202 Tarifgemeinschaften für 16 649 Betriebe mit 48 000 Arbeitern vereinbart worden, daß paritätische Arbeitsnachweise angestrebt werden sollen. Es ist ersichtlich, daß die paritätischen Arbeitsnachweise innerhalb der Tarifgemeinschaften die größte Bedeutung haben und daß sie voraussichtlich in der Zukunft die anderen Nachweise noch mehr aufzufordern werden. Um so mehr sind Streubungen zu bekämpfen, die daraus ausgehen, die Entwicklung der paritätischen Arbeitsnachweise zugunsten der kommunalen Nachweise aufzuhalten.

Schlichtungen und Einigungsorgane sind in 5916 Tarifgemeinschaften (65,1 pft. sämtlicher) vereinbart worden. Sie gelten für 131 618 Betriebe (82,8 pft. der Tarifbetriebe überhaupt) mit 1 278 172 beschäftigten Personen (81,2 pft. der tariflich gebundenen Personen überhaupt). Neben die Zusammensetzung, das Verfahren und den Rechtsgang dieser Organe liegen keine gesetzlichen Unterlagen zu einer zusammenfassenden Darstellung vor.

Die Fortschritte im Tarifvertragswesen sind unverkennbar. Die Zeit liegt noch nicht weit zurück, in der über die Frage der Tarifverträge in den Gewerkschaften lebhaft gesprochen wurde. In den fünf Jahren von Ende 1907 bis Ende 1912 ist der Umfang der Tarifgemeinschaften von 6324 auf 10 789 gestiegen; waren 1907 für 974 664 Personen die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt, so sind es innerhalb 5 Jahren 1 574 295 Personen geworden. Wenn auch noch nicht die Hälfte der Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften unter Tarifverträge arbeitet, so wird sich doch in wenigen Jahren zeigen, daß immer größere Gruppen erfaßt werden.

Wir sind in der Entwicklung an einem neuen Arbeitsrecht. Die einleitige Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer wird überwunden. Die paritätische Vereinbarung gewinnt immer mehr Boden. Obwohl die Entwicklung gehen wird, ist in einzelnen Fragen deutlich zu erkennen, so bei den Arbeitsnachweisen und der Zentralisierung des Tarifvertragswesens. In wenigen Jahren werden noch deutlicher die Entwicklungstendenzen zu erkennen sein. Letztere bewirkt zu beeinflussen und sich ihnen anzupassen, ist für die Gewerkschaften ein Gebot der Notwendigkeit.

Die Gewerkschaften haben aber auch alle Ursache, den Streubungen energisch entgegenzutreten, die tarifliche Errungenschaften auf gelegentlichem Wege illusorisch machen möchten. Die gesetzliche Regelung darf der Entwicklung keine Schranken errichten, sondern sie hat sich nur dem anzupassen, was von den Parteien als rechtmäßig vereinbart ist. Diese Vereinbarungen zu verallgemeinern und zum allgemeindurchsetzbaren Recht zu machen, liegt im allgemeinen Interesse, niemals aber die geplante Bevormundung über den Inhalt der Verträge. Die Annahmen über einzelne Fragen der Tarifverträge wechseln. Leider Endes hat sich der Tarifvertrag immer der beruflichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Entwicklung anzupassen. Sowohl die Unternehmer als auch die Arbeiter können sich dem nicht entziehen. Je stärker die Organisationen sind, um so eher sind sie in der Lage, für ihre Mitglieder vorteilhafte Bedingungen abzuschließen. Das Auf und Niederkommen der wirtschaftlichen Gegenseite kommt auch in den Tarifverträgen zum Ausdruck. Die Gegenseite werden durch die Verträge nicht aufgehoben. Letztere dienen nur dazu, das Arbeitsverhältnis auf eine gesichertere Basis zu stellen, um beiden Teilen zu ermöglichen, sich für eine bestimmte Zeit gegebenen Verhältnissen anzupassen. Darüber, ob es vorteilhaft ist, einen Tarifvertrag abzuschließen, wird heute weniger geschritten; entscheidend ist nur der Inhalt. Die fortschreitende Entwicklung der Tarifverträge ist ein Zeugnis dafür, daß es den Gewerkschaften immer mehr gelingt, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzubestimmen. Sie werden sich dieses schwer erlangten Rechts von seiner Seite rauslassen und, wie bisher, stets daran weiter arbeiten, für die Arbeiterschaft bessere Lebensbedingungen zu erreichen. Die Tarifverträge schaffen an sich diese nicht; sie sichern nur das Errungene, drehen aber auch den Unternehmer vor unlauterer Konkurrenz auf Grund niedriger Löhne. In diesem Punkt sind die Interessen beider Teile gleich. Die Arbeiter haben sich zu wehren gegen lohnbedenkende Elemente. Diese Abwehr zu unterstützen, ist auch für den Unternehmer von Vorteil, weil er dadurch seinen Konkurrenten die Möglichkeit unterbindet, billigere Preise infolge niedriger Löhne zu machen. Wenn durch Gesetz die Tarifverträge für alle Betriebsangehörigen zum allgemeindurchsetzbaren Recht gemacht würden, dann läge dies im Allgemeininteresse, niemals aber einseitige Festlegungen über diese oder jene Fragen des Vertrages. Die Tarifverträge müssen bleiben, was sie bisher schon waren, nämlich Vereinbarungen über das, was für beide Teile als recht und billig Geltung haben soll. —

Mitteilungen aus dem Beruf

Zur Frage der Tabakbesteuerung. Ein Herr B. R. Müller, Rauchtabakhändler in Magdeburg, schlägt in einem von der Deutschen Tabak-Zeitung veröffentlichten Eingangsband vor, anstatt des jetzigen Gewichtszolles von 85 A per Doppelpzentner und des 40prozentigen Wertzuschlags auf Auslandstabale einen Wertzuschlag von 8 Prozent einzutreten zu lassen. Um aber den Absatz inländischen Tabaks nicht leiden zu lassen, empfiehlt der Herr gleichzeitig eine Herabsetzung der Inlandsteuer von jetzt 57 A auf 25 bis 30 A pro Doppelpzentner. Der Vorschlag wird folgendermaßen begründet: „Durch die bestehende zweitelei Besteuerung (von 85 A Gewichtszoll für einen Doppelpzentner und 40 Prozent Wertzuschlag) ist die Kalkulation der Fabrikate sehr erschwert worden, außerdem bestehen bezüglich der billigen und teuren Fabrikate große steuerliche Ungerechtigkeiten, welche nicht dem Sinne der derzeitigen Gesetzgeber entsprechen. (V. Ned.) Die billigen Fabrikate der minderbemittelten Klassen unterliegen durch den oben benannten Gewichts- und Wertzoll größtenteils einer Belastung von 150 bis 200 Prozent, dagegen die teureren Fabrikate nur mit 50 bis 60 Prozent besteuert werden. Diese in erster Linie ganz ungerechte steuerliche Belastung muß unbedingt beseitigt werden. Außerdem würden die Zollabgaben auf die billigeren Tabale, welche größtenteils als Einlegetabale Verwendung finden und zu der Fabrikation am meisten gebraucht werden, besser erschwinglich sein. Dagegen drücken dieselben heutzutage wie ein Alp auf die Branche. Durch die getretere Belastung nach dem von mir vorgelegten 80prozentigen Wertzuschlag würde wohl eine Verbilligung der Fabrikate nicht herbeigeführt werden, doch könnte dadurch dem unbemittelten Hausher eine bedeutend bessere und geschmackvollere Zigarette, als dies heutzutage ist, gehoben werden, wodurch der Konsum sicherlich gesteigert und dies auch das beste Werkzeug gegen den weiter steigenden Zigaretten-

vorum sein würde." Herr Müller late angesichts des Drängens gewisser Kreise nach weiterer Besteuerung des Tabaks besser, auf eine Erhöhung seines Besteuerung der Tabaks zu bringen.

Tabakmonopol in der Schweiz? Wie die Süddeutsche Tabakzeitung in ihrer Nr. 43 mitteilt, beabsichtigt das Schweizer Finanzdepartement, demnächst einen Antrag auf Einführung des Tabakmonopols zu stellen.

Bewegungen im Beruf.

Niemel (Prov. Ostpreußen). Die Bewegung bei der Firma J. Löbowski (Zigarettenbranche) ist beendet. Die Firma erhöhte die Löhne der Zigarettenmacher um 20 % pro Mille. Der Lohn für die Zigaretten beträgt nunmehr 1,20 M., 1,40 M. und 1,75 M. pro Mille, und für bessere Sorten 3 M. Alle Arbeiterinnen gehören unserem Verbande an.

Braunschweig. Der bei der Firma A. G. Kultner bestehende Tarifvertrag wurde, nachdem für eine Reihe Sorten die Löhne festgesetzt worden sind, erneuert.

Beersfelden i. Odenwald. Die Lohndifferenzen bei der Firma M. Oppenheimer sind noch nicht erledigt. Vor Zugang wird gewarnt.

Birnbaum (Prov. Posen). Der Abwehrstreik bei der Firma Aug. Reckle dauerst fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Üßbede i. W. Der Abwehrstreik der Zigarrensortierer bei der Firma Schäfer & Hartgen (Siz Bremen) dauert fort. Vor Zugang von Zigarrensortierern und Fertigmachern wird streng gewarnt.

Norwegen. Die Aussperrung aller Mitglieder des Tabakarbeiterverbundes in Norwegen dauert unverändert fort. Vor Zugang von Zigarrenmachern, Zürichern und Zigarrensortierern wird streng gewarnt.

Schweden. Infolge der eingeleiteten Lohnbewegung in Schweden ist es erforderlich, daraus hinzuwirken, daß ein Zugang von Zigarrenmachern, Zürichern und Zigarrensortierern verhindert wird.

Das Elend der Tabakarbeiter im Königreich Sachsen.

In Sachsen bildet die Tabakindustrie einen beträchtlichen Teil des ganzen Erwerbslebens, und die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, unter denen die sächsische Tabakarbeiterchaft zu leiden hat, haben dazu beigetragen, daß in manchen Gegenden dieses grünen Königreiches die Bevölkerung zum Teil degeneriert ist. Es gibt hier in Sachsen Gebiete, wo Löhne gezahlt werden, die einfach jeder Beschreibung spotten. An dieser Stelle sei es deshalb gestattet, einige dieser Gebiete herauszuziehen, um zu beweisen, inwiefern diese Angaben auf Tatsachen beruhen.

Frankenberg. Im reizenden Bschautale, von herzlichen Waldern umgeben, liegt dieses 13 000 Einwohner zählende Städtchen, circa zwei Stunden Wegs von der Großstadt Chemnitz entfernt. Die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten sind hier nicht viel billiger wie in der Großstadt. Von den 13 000 Einwohnern sind 1700—1800 Personen, meist Angehörige des weiblichen Geschlechts, in der Tabakindustrie beschäftigt. Der Arbeitslohn beträgt im Durchschnitt 6—7 M. pro tausend Stück für Wickel und Rollen. Trotz dieser mehr als geringen Löhne bringt es hier ein Teil der Fabrikanten über noch fertig, den Heimarbeitern 50 % pro Tausend weniger zu zahlen, als wie die Fabrikarbeiter bei gleicher Arbeit erhalten. Also obwohl die Heimarbeiter ihre Wohnung als Arbeitsraum hergeben, Licht, Feuerung usw. von ihrem Lohn bezahlen müssen, vielmals eine bedeutend schlechtere Verarbeitung des Materials erhalten als die Fabrikarbeiter, und so ohnehin schon den Fabrikanten einen bedeutend höheren Profit bringen, erlauben es sich einige dieser Herren, ihren Geldsaal auf Kosten dieser armen Leute zu füllen. Man geht wahrlich nicht zu weit, wenn man etwas derartiges als eine Aneignung von Vermögensvorteilen, hier der Arbeitskraft, bezeichnet, welche sich diese Herren zufinden kommen lassen. Wie heißt es doch so schön in der Hunde? Bei seinen Arbeitern den Lohn nicht gibt, das ist ein Blut-Prozis, im Ihren Betrieben überhaupt keine männlichen Arbeiter zu beschäftigen. Wahrscheinlich, weil sie sich selber schämen, einem männlichen Arbeiter ihre Löhne anzubieten! O nein, um die Ausbeutung desto plausibler betreiben zu können. Die Herren wissen geschlechtlich ganz genau, daß sich männliche Arbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche sie den Arbeiterinnen bieten, auf die Dauer nicht gefallen lassen; deshalb halten sie dieselben auch angstlich von ihren Betrieben fern.

Fest ebenso wie hier geschildert, liegen auch die Verhältnisse in Waldheim und dessen Umgebung, Ratha, Gersinghausen und Döbeln. In Waldheim ziehen es einige Unternehmer sogar noch vor, um den "hohen" Arbeitslöhnen aus dem Wege zu gehen, einen beträchtlichen Teil ihrer Produktion im Buchstabe herstellen zu lassen. Meistens bietet sich aber bald einmal die Gelegenheit, den Konsumen, welche die Ware dieser Firmen kaufen, zu sagen, wo dieselbe hergestellt wird. Ob dieselben sonderlich davon erbaut sein werden, wagen wir noch zu bezweifeln. Doch darüber ein andermal. Kurzum, auch hier haben es die Unternehmer verstanden, sich ein ausgedehntes Ausbeutungsgebiet zu verschaffen.

Den Höhepunkt kapitalistischer Profitgier stellten wir aber erst im sächsischen Vogtlande. Man muß die Verhältnisse der Tabakarbeiter in Schönau mit eigenen Augen gesehen haben, um sich einen Begriff davon machen zu können, wie diese Leute dort ausgebettet werden. Das Herz krampt sich einem zusammen, wenn man die Entlohnung betrachtet. Man fragt sich, woher die Unternehmer die Eltern nehmen, wie sie es überhaupt wagen können, den Arbeitern solche Löhne — ach, sagen wir es lieber frei heraus: Bettelzettel anzubieten. Es ist kaum zu glauben und ist doch bittere Wahrheit, was den Arbeitern hier angetan wird. Löhne von 1,50 M. für tausend Wickel und 3,50 M. für Rollen sind hier noch zu finden. Ja, einige Fabrikanten sind auch offenbar diese lumpigen paars Pfennige Lohnes noch zu viel, denn sie legen sich extra auf die Lehrlingszüchter. Und wie wird es mit einem solchen Lehrling gemacht? Ein wesentlicher Teil seines Lohnes wird einbehalten und bekommt er denselben erst, wenn seine Lehrzeit "ordnungsgemäß" beendet ist — soll heißen: wenn er sich lange genug ausbeuten läßt. Beiläufig ein solcher Lehrling die gärtliche Stelle eines solchen Unternehmers, bevor seine Lehrzeit beendet ist, so verbleibt das Geld dem Arbeitgeber, oder es wird lediglich einer Kasse, von welcher man behauptet, sie diene guten Zwecken, angeführt. Auf diese Art werden also billige und willige Ausbeutungskosten an den Betrieb gelegt. Leider haben diese Arbeitnehmer den Wert der Organisation noch nicht erkannt, denn sonst wäre den Herren Fabrik-

lanten dort oben schon ein anderes Ziel ausgeschafft worden. Das Organisationsverhältnis zu verbessern, das soll unsere Aufgabe sein. Man wird uns ja dann auch allerdings damit kommen, uns als Geister zu bezeichnen. Schon gut, ihr Herren! Wir wollen gerne diesenken sein, die Unzufriedenheit sollen wir werden nicht eher ausschließen, bis es gelungen ist, durch die Unzufriedenheit die Zufriedenheit auch der Tabakarbeiter zu erreichen.

In allen diesen Bezirken ist natürlich die Heimarbeit in großem Maße zu finden und dieses ist ebenfalls ein Umstand, welcher es den Unternehmen gestattet, die Ausbeutung um so besser vornehmen zu können. Die niedrigen Löhne treiben auch dazu, daß die Heimarbeiter in großer Zahl ihre Kinder selbst schon im jüngsten Alter mit in das Nest der Arbeit spannen. Es wäre unrecht und tieke auch die tatsächlichen Verhältnisse verleugnen, wenn man den Arbeitern hierüber einen Vorwurf machen wollte. Nein, aus der vorliegenden Schilderung läßt sich zur Genüge erkennen, wer die eigentlichen Schuldigen an dieser Ausbeutung sind. Es ist die Gruppe, welche mit gehuchelter Grimminigkeit sich über den heilemischen Kindermord entsetzt, während sie auf der andern Seite kapitalistischen, von der bürgerlichen Gesellschaft funktionierten Kindermord betreiben darf, ohne daß ihr ein Haar gekrümmt würde. Kein vernünftiger Mensch wird sich der Tatsache verschließen können, daß die Tätigkeit der Kinder in den von Tabak und Krankheitsleid geschwängerten Schwärzholzen der Heimatheit, diesen Bruttostätten der Tuberkulose, der Berufskrankheit der Tabakarbeiter, auf den kindlichen Organismus von ganz verheerender Wirkung ist, daß diese Tätigkeit folgen nach sich zieht, welches keineswegs im Interesse eines Volkes liegen. Wenn man bedenkt, daß der größte Nationalreichtum ein gesundes und kräftiges Volk ist, dann muß man sich eigentlich über unsere Regierung wundern, daß sie nicht schon längst mit etwas mehr Nachdruck gegen die Ausbeutungsauffällen der Unternehmer vorgegangen ist; daß sie sich noch nicht dazu ausschwingen konnte, ein gänzliches Verbot der Kinderarbeit zu erlassen. Hier liegt aber gerade der Haken im Pfeffer. Wie kann man von einer deutschen Regierung nur verlangen, daß sie das Elend der Proletarier, ja noch mehr, das der Proletarierkinder kennt. Als die Arbeitervorsteher im Reichstage bei dem Kapitel "Statistisches Amt" auch das brennende Kapitel vom Kinderschutz zur Sprache brachten, da stellte sich der Minister für Polizei und Soziales, der Herr v. Döllwitz, hin und erklärte: Alle Klagen über die deutsche Kinderarbeit seien ungeheuerliche Übertriebungen. Wir wollen hierzu nur sagen, daß es ungeheuerlich ist, wenn ein Minister die tatsächlichen Verhältnisse nicht besser kennt, über eine vollverschuldet so wichtige Frage nicht besser informiert ist. Offenbar ist ihm nichts davon bekannt, daß im Jahre 1912 nach den Feststellungen der Fabrikinspektoren bereits 14 000 Kinder unter 14 Jahren erwerbstätig waren. Obendrein ist bei dieser Zahl zu beachten, daß sie keinesfalls den Gesamtumfang der Kinderarbeit widerstellt, weil hier nur Fabrikbetriebe mit mindestens zehn Arbeitern in Betracht kommen, und die große Zahl derer, welche in der Heimarbeit von den Eltern beschäftigt werden, in dieser Ziffer nicht einbezogen sind.

Wir möchten dem Herrn Minister raten, einmal die Verhältnisse der sächsischen Tabakindustrie zu studieren und sich dabei nicht zu scheuen, in die Heimarbeiterwohnungen einzuführen und sich dort die Kinderarbeit anzusehen; höchstens kommt es dann zu der Überzeugung, daß es eine ungeheuerliche Unkenntnis ist, wenn man sich zu sagen erlaubt, die Klagen über die deutsche Kinderarbeit seien ungeheuerliche Übertriebungen.

Die Tabakarbeiter müssen aber wiederum erkennen, daß sie im Kampfe gegen das Ausbeuterlum vollständig auf sich selbst angewiesen sind, daß sie in diesem Kampfe für eine bessere Existenz für die Erziehung einer gesunden, lebenskräftigen Nachkommenchaft, von einer Reichsregierung, wie wir sie in Deutschland haben, nichts erwarten dürfen, was für sie irgendwie behilflich sein könnte. Deshalb richten wir erneut an sie das dringende Eruchen, sich der Organisation, dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande, anzuschließen. Überall, wohin wir blicken, können wir die Feinde der Arbeiter erkennen. Deshalb müssen wir uns zu unserm Schutz fest zusammenziehen in eine Organisation, welche für eine bessere Existenz, für höhere Löhne, für kürzere Arbeitszeit und für eine menschenwürdige Behandlung kämpft; welche einen Schutzmantel gegen die Rücksichtlosigkeit und Willkür der Unternehmer bildet. Dieses ist einzig und allein der Deutsche Tabakarbeiter-Verband.

Kollegen und Kolleginnen! Wollt ihr, daß eure schlechte Lage gebessert wird, wollt ihr eurer Familie und ihrem Kind, Raum, wollt ihr, daß ihr in Zukunft nicht mehr der Spielball in der Hand des Unternehmers seid, daß ihr auch endlich einmal als wahre Menschen leben könnet, dann werft eure Lauer ab, denn

Da hilft kein hanges Klagen,
Wer siegen will, muß wagen.

Dann schließt euch uns an, werdet Mitglied im Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

Richard Gerloff.

An euch, ihr Kollegen und Kolleginnen von Giessen und Umgegend!

In der letzten Zeit hieß es ein Teil der Kolleginnen nicht mehr für nötig, der Pflicht eines überzeugten Mitgliedes in Bezug auf Beitragzahlung, Versammlungsbefreiung usw. voll und ganz nachzukommen. Allerhand nichtssagende Gründe wurden angeführt, die oft nur zu deutlich beweisen, daß sie nur als Mittel zum Zweck benutzt wurden, um dem Verband den Rücken zu lehnen. Nicht ein einziger ernsthafter Grund kann angeführt werden, welcher den Austritt rechtfertigte. Im Gegenteil, mehr wie bisher hätten es die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen nötig, der Organisation treu zu bleiben. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind jetzt derart ungünstig, daß es endlich einmal an der Zeit wäre, daß alle in den Zigarrenfabriken eingesetzten einmal kräftig Hand an Verlegen.

Besonders den Frauen und Mädchen sei es ans Herz gelegt, daß sie endlich einmal begreifen lernen, daß sie nicht dazu da sind, als willenloses Werkzeug sich von den Unternehmern ausbeuten zu lassen. Mehr wie blöher kann von diesen der Ruf erschallen: Wir wollen gleich berechtigt sein!

Die Frauen und Mädchen haben in Bezug auf ihre Arbeit genau dieselben Pflichten zu erfüllen wie die Männer. Die Zigarren, die von weiblichen Personen hergestellt werden, verlaufen der Fabrikant genau so teuer, als wenn sie von männlichen hergestellt werden. Der Fabrikant sagt nicht zu dem Kunden: ich lasse Ihnen das Mille Zigarren 2 oder 3 M. billiger, weil ich geringere Löhne dafür zahlte, sondern er nimmt dafür ebenso viel und läßt den Profits in seinen an und für sich schon gefüllten Geldbeutel wandern. Mancher Feser oder manche Lefze wird nun sagen: Ja, das ist ja alles ganz schön und gut, aber wie sind ja schon Mitglieder des Verbandes, wir zahlen ja regelmäßig unsere Beiträge, besuchen auch dann und wann eine Versammlung, aber die anderen sind ja gar nicht dazu bewegen. Wieder ein anderer Teilt sagt: Ach, es hat ja doch keinen Zweck, was soll ich denn immer die Beiträge zahlen, es wird ja doch nicht anders. Sie fangen an, manchmal zu werden und bringen dann diejenigen, welche noch einigermaßen feststehen, ebenfalls ins Wanken, bis dann die Organisation immer mehr abbricht und die Arbeiter und -arbeiterinnen wieder hilflos daliegen, um dann wieder von neuem zu jammern und mehlagen über das schlechte Material, welches mit jedem Tag schlechter wird, über die niedrigen Löhne, welche zum Sterben zu viel und zum Kotzen zu niedrig sind; über die Schlanken, welchen sie fortgesetzt durch Werkmeister und Direktoren ausgesetzt sind. Kurz und gut: eine Misshandlung macht sich bemerkbar, welche durch die intensive und anstrengende Arbeit und einer dadurch nicht ausbleibenden Müdigkeit sich mit jedem Tage steigert. Dann kommt wieder von neuem das Gefühl und der Drang, sich von diesem Koch zu befreien.

Deshalb gilt besonders dieser Mahnung jenen, die noch lebendig und treu zur Organisation stehen, daß sie alle die Bankensmitglieder auffordern und ihnen klar und deutlich sagen, was und not tut. Es genügt nicht für einen überzeugten Gewerkschaftler, daß man plötzlich seine Heilige gähnt, sondern jedes Mitglied muß zum Agitator werden. Es bietet sich jeden Tag Gelegenheit dazu, wenn es auch nicht immer gleich gelingt, seine Arbeitgeber und -Schwestern von der Notwendigkeit des Verbundes zu überzeugen; denn wir wissen ja, daß die Charaktere der Menschen sehr verschieden sind. Aber wir dürfen den Mut nicht sinken lassen. Jeder Bauarbeiter siegt. Betrachten wir uns einmal die gewerkschaftlichen Organisationen, die sie vor zwanzig Jahren waren und wie sie heute sind. Welche gewaltigen Fortschritte sind zu verzeichnen. Eine gewaltige Macht steht dem Unternehmertum gegenüber.

Auch da, wo der Deutsche Tabakarbeiter-Verband gut entwidelt ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstiger geworden. Auch im Siegerland ist schon der Betriebs erbracht worden, daß durch einmütiges Zusammenstehen schon Manches erreicht worden ist. Die Anforderungen, welche an alle organisierten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen gestellt werden, sind sehr leicht erfüllbar und werden uns bald zum Siele führen.

Mache in Zukunft jedes Mitglied es sich zur Pflicht, in jedem Quartier nur einen Kollegen oder eine Kollegin dem Verbande zuzuführen, dann haben wir die Gewissheit, daß auch in fieriger Gegend bald ein anderer Wind weht. Es ist dieses gewiß ein großes Verlangen, sondern sehr leicht erfüllbar. Wenn es jedes einzelne Mitglied seine Pflicht erfüllt, dann hat aufgehört mit dem leeren Ausreden: "Es hat ja doch keinen Zweck." Durch einiges Zusammenhalten wird man dann den Unternehmern sagen können: Bis hierher und nicht weiter!

D. R. Gleichen.

Die Erkrankungen der Tabakarbeiter der Zabstelle Bremen.

Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die Tabakarbeiter zu einem erheblichen Teile, ihrer körperlichen Beschaffenheit nach, gesundheitlich minderwertige Menschen sind. Viele von Natur aus schwache, sowie verkrüppelte Menschen suchen in der Tabakindustrie ihren Lebensunterhalt. Bringt also der Tabakarbeiter von Natur aus häufig eine schwache Körperfunktion mit, so tun die Schädlichkeiten der Tabakindustrie ein Weiteres, um die Erkrankungswesentlich zu erhöhen. Die Ausdünnung bei der Verarbeitung des Tabaks, eine oft recht hohe Staubentwicklung in Verbindung mit einer ungünstigen Ventilation; dazu das im weitesten Umfang verbreitete Alkoholismus; ferner übermäßig lange Arbeitszeit, und nicht zuletzt die schlechte Ernährung, sind recht eigenlich der günstige Nährboden für das unter den Tabakarbeitern anzutreffende soziale Elend. Ganz besonders sind es die Erkrankungsfälle, und hier wiederum die Lungenerkrankungen, unter denen wir Tabakarbeiter am meisten zu leiden haben.

Eine Statistik der Erkrankungen der Zabstelle Bremen, aufgenommen nach den Krankenbescheinigungen des Verbandes, zeigt folgendes Bild:

Benennung der Krankheit	der S. Gebrüder mit. Inn.	der S. der Arbeits- stelle mit. Inn.	Summe der ausgezahlten Kranken- unterstützung M. A. mittl. Inn. M. A. mittl. Inn.	Ausführungs- zeit in Tagen mit. Inn.	erfolgt die Kranken- unter- stützung M. A. mittl. Inn.		
					M.	A.	M.
Zungenleiden.	98	21	2228	1155	3127	25	629,40
Rheumatis- mus	17	18	410	1041	554,50	557,30	24,58
Nervenleiden .	16	26	600	808	663,40	441,10	39,31
Blagern- und Darmleiden	16	16	458	391	527,70	307,65	28,24
Influenza . . .	21	20	518	465	670,10	244,70	25,23
Hergleiden . . .	12	2	431	27	479 —	14,70	96,14
Augen und Ohrleiden	9	4	256	140	226,60	81,40	28,35
Neurale Ver- legungen ..	39	15	1132	224	1195 —	119,50	25,15
Tränenleiden .	—	19	—	736	—	421,25	— 89, —
Blutarmut . . .	2	12	123	422	243,53	237 —	62,35
Diverse	33	30	934	1124	1118 —	629,30	28,37
Gesamt- ergebnis	196	183	7089	6635	8804	3587,80	44,92

Diese Statistik zeigt also, daß von durchschnittlich 900 Tabakarbeitern 370 mit einer Gesamtkrankenzeit von 14 781 Tagen, in insl. der drei Tage Karenzzeit, erkrankt waren. Es haben also 42 Prozent der

Zu meiner Warnung!

Die Firma Adolf Ellrich & Co. in Berlin

Inhaber Wilh. Joseph u. Max Joseph in Firma L. Cohn & Co.

gesteht in ihrem letzten Inserat nunmehr ein, dass sie nicht die gleiche verstellbare Formenpresse liefern kann als ich. Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, dass meine Presse unter D. R. G. M. Nr. 471890 gesetzlich geschützt ist und nur von mir bezogen werden darf. Dieselbe ist in vielen Betrieben eingeführt und stehen Urteile über die praktische Verwendbarkeit gern zur Verfügung.

Wie bekannt, hat die Firma Adolf Ellrich & Co. genau die gleichen Inhaber als die Firma L. Cohn & Co. Wer die Kataloge dieser beiden Firmen vergleicht, wird feststellen, dass dieselben Gegenstände bei der einen Firma billiger verkauft werden, als bei der anderen! Dass eine Firma mit solchen Geschäftspraktiken mir eine Irreführung der Interessenten vorwirft, ist der Gipfel der Unverfrorenheit.

Heinrich Franck, Berlin N Brunnenstrasse 22

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3945

empfiehlt in beliebter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 400, 450, 500 4. Havana 200, 250, 300, 400, 700 4. Sumatra-Umbiatt, Vollblatt 160 4. Sumatra-Umbiatt und -Einlage (ohne) 100, 110 4. Java-Decker, buntl., 160, 220 4. Bell 200, 220, 260, 280, 300, 320 4. Java-Umbiatt 140, 150, 160 4. Java-Einlage 95 4, mit Umbiatt 100, 105, 110, 120 4. Vorstenland-Decker 160, 180, 200, 220, 250, 275, 300, 320 4. Brasil-Decker 180, 210, 250 4. Brasil-Einlage u. Umbiatt, leicht u. trocken 130, 140, 150, 160, 170 4.

Widderjäger (neu und gebraucht in allen Stoffen von 50—150 4. Schiffchen-Abdrücke verfügbare gratis und freundl.) Note, schmiedeeiserne Formenpressen mit flügelgewebe, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gamm-Trapunt, allerfeinste Ware, größte Stabilität, pro Pfd. 260 4. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 120 4. Bandbindelband, grau und lösbar, pro 100 Meter-Rolle 150 4. [5] Preise pr. Pfund netto zulässig Verteil. Versand nur gegen Nachnahme

Rohtabak-Handlung

August Darlasch, Mannheim II, B 7, 9.

Empfiehlt mein reichhaltiges Lager Zigarrentabake. Versand gegen Nachnahme mit 3 Prozent Skonto. Abgabe jeden Quantums. Großes Lager gebrauchter Formen.

Rohtabak-Handlung
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale Berlin N.,
Brunnenstrasse 25. [25]

Ernst Wägner, Bremen
Beim steinernen Kreuz 10. Telefon 6690

Enorm billiges Angebot!
zu 500 kg Qualitäts-Bedinge-Mitter (last nur Umhaut)
per Pfd. verzollt 25 4. Versand nur gegen Nachnahme

Adolf Ellrich & Co. BERLIN N 151 Brunnenstrasse 151

Besonders preiswerte Angebote:

Sumatra-Decken

Nr. 6. Vollblatt, 3. Länge, sehr blattig und reifbraun

Nr. 3. Vollblatt 3. Länge, sehr leicht und sehr ergiebig, vorzüglicher Kehrroller

Mk. 1.90 Mk. 2.10

Nr. 4. Vollblatt 3. Länge, vorzügl. Brand,

große Deckkraft, zum Rechts- u. Linksröllen

Mk. —.90

Nr. 8. Vollblatt 2. Länge, zugesprochener

Kehrroller, kreideweißer Brand, sehr

gutes Merk

Mk. 2.45

Nr. 11. Vollblatt 2. Länge, hochfeiner

kreideweißer Brand, sehr feinschmeckend,

ziemlich hell

Mk. 3.10

Nr. 18. Vollblatt 2. Länge, Sandblatt, alles

fehl, hochlein in Qualität....

Mk. 8.50

Nr. 58 TKL/OK Sumatra-Sandblatt, 2.

Vollblatt-Länge, fahle, helle, reine Farben

Mk. 12.—

Sumatra-Umbiatt

Nr. 101. Vollblatt 4. Länge, rund gewachsen,

reifer, brauner Tabak, vorzüglich im

Brand

Mk. 1.40

Nr. 104. Vollblatt 3. Länge, enorm ergie-

big, ganz hell, etwas Rost....

Mk. 1.65

Nr. 106. Vollblatt 4. Länge, helle Sortierung,

viel Decken enthaltend

Mk. 1.75

Vorstenlanden-Decken

Nr. 200. Vollblatt 3. Länge, Rechtsdecker,

ziemlich braun und schöner, weisser

Brand

Mk. 2.—

Nr. 202. Vollblatt 2. Länge, gut deckend,

hellbraune Farben, gut i. d. Art

Mk. 2.30

Nr. 901. Uckermärker Einlage bester Art

Mk. —.98

Grösste Auswahl von neuen u. gebrauchten Wickelformen. Verlangen Sie sofort kostenlose Zusendung unserer Preislisten u. des Musterbogens

Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker, 3. Länge Vollblatt, mittelhell, 180 4.

Sumatra-Decker, 2. Länge Vollblatt, mittelhell, 230 4.

Sumatra-Decker, 1. Länge hell, 450 4.

Vorstenlanden-Decker, hell, 230 und 260 4.

Java-Umbiatt, Bejaek, 140 4.

Java-Einlage 85 4.

Felix-Decker PP, Cruz das Almas, 200 und 220 4.

Felix-Einlage, gestreute Blätter, 140 4.

Domingo PP, großes gartes Blatt, 125 4.

Domingo P, Umbiatt, 105 4.

Domingo A, blättriger Aufarbeiter, 95 und 100 4.

Carmen, großes Umbiatt, beste Ware, 135 4.

Carmen-Umbiatt, Ia. Ware, 120 4.

Carmen-Aufarbeiter, 110 4.

Carmen-Einlage, 100 4.

Havanna-Vuelta, Einlage mit Aufleger 200 4.

Havanna-Einlage, saure Blätter in Malotten 160 4.

Mexico-Decker, tabelloser Brand, 230 4.

hagut, rein amerikanisch, beste Ware, 95 4.

Preise pr. 1/2 kg verzollt inkl. Wertzuschlag.

Verband nur gegen Nachnahme.

P. Zimmer, Bremen

Bulthaupstrasse.

Carl Roland, Berlin SO

Rottbauerstrasse 4

Sumatra-Stud, 2. Länge, M. 2.—

pro Pfund. Sumatra-Vollblatt

M. 2.50, 3.20, 3.50, 4.—, 5.50 pro Pfund.

Vorstenlanden-Decke

M. 2.70, 3.10, 3.60, erste Länge,

pro Pfund.

Auf diese Decken gewöhre ich statt

3%, 5% Skonto bei Entnahme

von 10 Pfund. Alle anderen Tabake

billigst, von 5 M. an, 3% Skonto.

Alle Tabake brennen schwach,

sind leicht und ergiebig.

Gefüllte

Tabak-Arbeiter

bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Unterhaltung = Beilage

1914

des Schak = Arbeiter

Nr. 16

Sonntag, den 19. April

Das Volkslied.

Von Leopold Jacoby

Wohin du immer wanders,

Auf diesem Erdenrand,
Es spricht zu dir im Klede

Des Volkes Klagemund.

Und ist dieses Krause

Und gleiche Melodie,
Die allerorten last wird,

Und du vergisst sie nie.

Ob du den Pöhlk hörest,

Wenn er das Schöpfad dreht,
Und ob den nord'schen Raus,

Kenn hinterm Pfing er geht.

Der Slaw und Tre

Und der Roman singt

Sein schwermutvolles Liedlein,

Das dir zu Herzen dringt.

Es kenet wie ein Marnein

Von tausendjährigem Feld,

Wie die gepresste Stimme,

Die bis um Rücks schreit.

Und nach das Glads Ende

Ein Sehnen tief und bang,

Wie eine Prophezeiung

Hörst du aus diesem Land.

Von J. S. Storck.

Das Oberalter Toni erster Wandertag.

Der Oberalter Toni

wiederholte der Toni;

aber bevor er end

Gebettet? wieherholte

der Toni?

Toni half so gebetet,

Daß er auf die

höfliche

Worte berief,

daß er auf die

höflichen

Worte berief,

daß er auf die

ber Feme zu ihm herüber. Noch eine holle Stunde etra, und das Schüpfende Dach, die Herberge, war erreicht. Über jetzt brangen dumpfe Schläge von Rosthusen an

erklärte im Betroffensein letzter Anschuldigung: „Nein, nimmermehr!“ Sägte der Oberstaatler Soni gebraucht, was er nach der Berufungsverhandlung erfuhr, er hätte anstatt das „Rein, nimmermehr“ ein kräftiges „Ja“ gesprochen.

Mathus.

„Siehe jetzt bei heimatlicher Menschen zu. immer beunruhiger wurde das Pferdegetrampel; immer näher kam der Reiter an Toni heran. Jetzt hob sich, gleich einer Silhouette, die strohfarbene Gestalt des Reiters vom blauen Horizont ab. Ein leises Ringen der Stiftung versegte den Toni aus dem Reich der Vorstellungen — ja in die Wirklichkeit. Ein Diener der polizeilichen Gerechtigkeit stand plötzlich vor ihm. Über was hatte er mit dem zu tun? Der Oberstaatsanwalt hatte keinen Wred am Stecken, und so legte er denn seinen Kopf fort. Der Genbarm aber trug sich mit anderen Erwägungen.

„Gebt! rief er, sind Sie fremd?“

„Bin halt auf der Wunderwelt“, antwortete Toni, denn die Bedeutung des Wortes „fremd“ in diesem Zusammenhang nicht erfährtliche Scheinen wollte.

„Haben Sie gebettet?“ forschte der Genbarm. Gebettet?“ lagte der Oberstaat. War es nicht das zweite Abschied von seiner heimatlichen Scholle hatte er sich noch leibliches Wohl entzogen. Der Genbarm verließ sich in das Studium der Legitimationen; diese gaben aber zu nichts weiterem Anloß. Und wie stehen Ihre Witien, heißt forschte jetzt der Beamte. Unter pari mos?“ Der Toni verstand dieses Gerede nicht. Wie sollte er auch — Beispiel Gelb haben Sie noch?“ fragte der Uniformierte. „Gelb?“

Von Tonis Augen leuchtete es verwundert auf. „Gelb?“ Seit er aus der Arbeit war, es waren schon vierzehn Tage, Hatte es nur noch zur Miete gerichtet, und dann war er auf die Reise gegangen. Schön in den letzten Tagen war er von seiner harten, langen Arbeit schließlich noch erhabt, daß er sich mit einigen Materialien versehen könnte, um nicht auf der Bøge zu verhungern. Und waren denn die Herbergen, die „christlichen“ wie er gesehen hatte, da? Daß er dort durch nur kleinen konnte, wenn er seinen Obolus entrichtet hatte, das war ihm fremd geblieben. Der Umstand, daß Toni ohne Mittel bei Unbekannten der Strafe, die ergeben hätten, daß dort ein junger Befür vorgesprochen habe, von dem man aber nichts weiteres angeben konnte, mochin er gegangen war, waren für den Gendarmen Anloß. Toni mitzunehmen. Drei Tage hatte dieser Zeit, sich darüber klar zu werden, was wohl der Zweck des Mittels sei, das man bei ihm am trockenem Platz und Wasser kam ihm dann auch der Geiste über den Mantel des Gehns. Über schließlich ließ er sich den Himmel seiner Hoffnungen doch nicht trüben. Er zog sich zurück. So kam der große Tag der Entscheidung aber dauerter, an der, neben dem Richter, zwei Schöffen und ber Verteilung teilnahmen. Weitwund beteuerte der Angeklagte seine Unschuld. Das Kollegium trat ab und wieder ein. Besondere Spuren geistiger Anstrengung waren auf ihren Gesichtern nicht zu sehen.

Der Richter verfügte das Urteil — drei Tage Gevangnis. Die Ermittlungen des Beamten ließen keinen anderen Schluß zu, als daß der Angeklagte gebettet habe. Und unter Hinweis auf die Untertreibung ins Arbeitshaus, wenn er in dieses „Laster“ zurückfalle, fragte man ihn, ob er die Strafe annehme. Der Oberstaat Toni aber

Malthus.

Das Bevölkerungsproblem steht augenblicklich wieder einmal im Vorbergrund des Interesses. Unläng gab dadurch die Tatsache, daß die Geburtenzahl in Deutschland seit einiger Zeit mit zunehmender Geschwindigkeit zurückgeht. Das führen sie nicht alles davon! Rückgang der Diensttauglichkeit, der Arbeiterzahl, also drohende Niedriggehalt höhere Löhne, also Verminderung des Profits. Und das die Bourgeoisie beurteilt der Sozialismus das Bevölkerungsproblem. Eine eingehende Würdigung dieses Problems vom sozialistischen Standpunkt aus findet sich in dem Buch von F. Rauter: "Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft", das 1910 im Verlag von Dieß, Stuttgart, erschienen ist. (Preis broschiert 1,50 M.). Im folgenden soll kurz eine Zusammenfassung der Lehren von Robert Thomas Malthus, des Vaters des Malthusianismus, gegeben werden.

Die industrielle Revolution in England brachte entstehliches Elend über das junge Proletariat. Auf dem Lande wurden Kleinpächter und Kleinpflöcker von den Großgrundbesitzern expropriert. Zum Bodenlosigkeit, ließen sie so die Arbeiterschlüsse, deren die entstehende Industrie bedurfte. Auf der andern Seite vernichtete die neue Industrie zahlreiche selbständige Existenz von Kleinbauern, die ebenfalls ins Proletariat verfallen. Malthus entstand so ein jahrelanges Proletariat, um so mehr, da sich diese neue Bevölkerungsschicht rascher vermehrte, als die andern ohnehin sehr rasch wachsenden Schichten. Innerhalb des Proletariats verharrte bald jede scharfe soziale Differenzierung, es wurde zu einer einheitlichen Klasse. Auf dieser Klasse nur lastete die ganze Last der Wirkungen und Begleiterscheinungen der industriellen Revolution. Lohnbrutt, namentlich lange Arbeitszeit, dauernde Folge des Agrarschubes und des industriellen Steuer-Systems, hohe Lebensmittelpreise erzeugten einen Pauperismus, dessen Schildderung überhaupt nicht übertrieben werden kann.

Das alles schlug den Blick der Nationalökonomien jener Zeit. Das war das Bild, das sich ihnen barbot: "In den sieben Jahrzehnten von 1750 bis 1820 hat sich die Bevölkerung verdoppelt, die städtische Einwohnerzahl fast vervierfacht, die Grünfläche und der Meilenpreis un gefähr verdreifacht, die Armut verschafft" (Beur, Geschichte des Capitalismus in England, S. 46.) Diese Tat, gegen hatte auch Malthus vor Augen. Er hat sie jedoch nicht wissenschaftlich durchdringen, sondern hat sie empirisch, d.h. historisch bedingten Erscheinungen als ein allgemeingültiges Gesetz, als das Bevölkerungsgesetz, festgestellt.

Thomas Robert Malthus wurde geboren 1766 auf Roden in England. Nach seiner Schulzeit wohnte er auf der Universität Cambridge theologischen Studien. Daher das pflicht-moralistische in Ton und Tendenzen bei ihm. 1787 wurde er dort Magister. Nach mehrjährigen Reisen auf dem Continent wurde er Professor der Geschichte in Surley. Im Jahre 1810 schloß er Freundschaft mit dem Nationalökonomen David Ricardo. Er starb 1834 in Bath.

Im Jahre 1797 hatte er mit seinem Vater eine lebhafe Diskussion über einen sozialistischen Aufschwung Englands. Das Frucht dieser Diskussion erschien 1798 als

war, das nicht einer einzigen selbstgebauten Sack enthalten zu können. Die Bevölkerung, so war in diesem Buche ausgeführt, vermehrte sich in geometrischer Progression (1, 2, 4, 8, 16, 32), die Nahrungsmittel jedoch würden nur in arithmetischer Progression an (1, 2, 3, 4, 5). Dies sei ein absoluter Gesetz, immer müsse die Zahl der Menschen infolge der unbegrenzten menschlichen Geschlechtstriebs sich rascher vermehren als die Menge der Nahrungsmittel. Das so einen stehende Missverhältnis aber sei nun die Ursache aller Elendes, namentlich unter dem Proletariat, das sich vielfach schnell vermehre. Wollte man das Elend bejähigen, so müsse ein Geschlecht jüdischen oder Negroen der Bevölkerungsbestand auf einer übermäßigen Vermehrung entgegen, ein Teil des Menschenüberflusses finde den Job durch positive „Siedlung“ (Hinberiffe); durch Geduld, Elend und Krieg. Der Lebewohl sei trotzdem noch viel zu groß und stets im Waddeleien zu verhindern. Er werde außerdem noch durch die Gewährung von Armeunterstützung vermehrt. Deshalb müsse einmal das Institut der Armeunterstützung abgeschafft werden, dann aber müsse das Proletariat sich abgewöhnen, mit Kindern in die Welt zu setzen. Das sei zu erreichen durch präventive moral. restraint (borborigende, moralische Beschränkung), durch die Entlastsamkeit der Proletarier vor der Ehe. Im übrigen dachte Molanus gar nicht daran, dass er Kapitalistischen „Gottlichen Zuchtordnung“ bestätigte. Am Ende des Lebens gäbe es keine Strafe für alle die Überfüllungen müssten sich mit den Brothamen die von der Tasel der Geschlechterherunterfallen, begüten und löslen, darauf seien keine Überfüllungen mehr zu erwarten, und zwar sollten sie dies verhindern durch Verneidung der Erbhaftigkeit. Also: Anpassung der Geschlechtsmündigkeit an die mögliche Reproduktion der Nahrungsmittel.

Dass diese Lehre den einstimmigen Beifall der Bourgeoisie fand, lässt sich leicht begreifen. Enthielt sie doch eben die Rechtfertigung der kapitalistischen Produktionsweise, indem sie das Proletariat nicht aus ihr, sondern aus einem anderen Geiste gebohrungsgesetz verurteilte, hielt sie doch fest am Prinzip „Gottgemachten Ordnung“ der kapitalistischen Gesellschaft. Molanus war der Große Mann der Bourgeoisie.

Richtig falsches aber, als eben diese seine Lehren hauptlich, daß der menschliche Geschlechtertrieb bei allen, zu jeder Zeit, an jedem Ort gleich stark sei. Und noch mehr als der Geschlechtertrieb hängt die Fortpflanzungskraft dieser, mitunter überhaupt nicht sichtbaren Bedingungen ab. Dann aber, und das ist augleich die schärfste Kritik dieser freilebigen Geschäftsfrau, erhält die heutige Gesellschaft überhaupt noch nicht die Grenzen ihres Nahrungsangebotes. Und trotzdem Rot und Elend. Nirgends tritt dieser freilebigen Geschäftsfrau Nahrer hervor als inoffizielle Ration. Rot und Elend nicht aus dem absoluten Mangel an Nahrungsmittelein heraureten sind?

Dann aber ist die Molanus'sche Lehre bewuft worden, um das sozialistische Ideal zu bekämpfen. In der sozialistischen Gesellschaft, so ist gesagt worden, würde infolge der Leidlosigkeit der Lebenshaltung, infolge der sozialen Rückerziehung die Bevölkerung so rasch anwachsen, daß sie den Nahrungsangeboden binnen kurzer überstreiten würde.

Studierats ist die Leidenschaft der Natur und damit auch der Menschheit. Seit Ewigkeit herrscht das Prinzip der Entwicklung, das die Natur immer vollkommenes gestalte und im Menschen das höchste Glied des Naturganzen bilde. Und auch in der ganzen Zeit der Menschheit überbung lebte jeder Entwicklungstreiber. Auf allen Stufen der Entwicklung war der Mensch von jenen starken Lebendigkeiten erfüllt, doch stand der Mensch bis jetzt nur unbedingt im Sonne jenes Erbes. Er zu verstand durch und schaffte und der Mensch empfand nicht, daß es die einzige Entwicklungstendenz der Natur war, die als Gefühl hinter all seinem Schaffen stand. Man erkannte jenes Unrein, Drägen nicht und brachte es auf unbekannte Gefahren, auf ein fremdes Zeitalter, bis heute die Wissenschaft uns entzählt hat, daß nichts als Natur erfüllt. Was offenbart, höher hinauf! Doch ist der Fleib heute bei den Jahrhunderte lange Geisteskriegshof der Kirche, Rath, und die Leidenschaft der Natur auf eine weitere Verwirrung bringt. Natur kann und kommt auch der Menschheit nicht mehr leben, sofern die Kirche das Bild bestimmt" und eracht so blühenden Eigentum und plumpen Selbstsucht, unter der die große Masse heute lebt.

Über Zauende und überaussehende der besten Absichten bereits jene Künste und in großen Sphären spricht die reale jener reine, edle, wohhaft christliche Geist von der Liebe spricht die unverlässliche Natur in jenen Drägen und Schänen nach einer höheren Entwicklung, nach einer besseren Welt. Der Mensch sieht jedoch, bringt keinen Erfolg. Man muß die Wirkel des Necks beobachten und die haben wir in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen erkannt. Unsere heutige wirtschaftliche Ordnung dienst nur den Interessen weniger und nicht dem Wohle der Gesamtheit. Sie ist darum unrichtlich, weil die Natur eine Reaktion auf die Entwicklung des Menschen erfordert, und darum müssen höchsten Welse, der Natur, und darum enthält er kein höchsten Nutzen mehr, denn selbst ist das und nur das, was natürlich ist.

Wiederholung Diese Leidenschaft der Natur steht sich in unserem Kampfe für Freiheit der Wirtschaftlichen Dinge in ihrer ursprünglichen Art, und da dieser unserer wirtschaftlichen Kampf die erste Voraussetzung ist zu allgemeinem Menschenleid. So eine Entwicklungswiderstand der Natur möglichen könnte. Die Untersuchungen Rautahys beweisen, daß auf das deutlichste. Und darum läßt sich überhaupt nicht doronsagen, welche Entwicklung die Vermehrung der Bevölkerung in einer sozialistischen Gesellschaft nehmen würde. Siehe Furcht vor einer Überbevölkerung, ist völlig unbegründet. Gestört sie, so im wortlichen nur in den Kreisen derer, die ihr Profitinteresse bedroht sehen, sei es nun in der einen oder in der anderen Weise, und ebenfalls noch in den Kreisen ihrer Wissenschaft. Diese ihre Wissen, steht fort sich seit einigen Jahren wieder zu dem alten Bourgeois Gott Matthes befreit. Zu dem Kreise der Schule Wolff Bogeners gilt es heute als Slogon: "Matthes hat in allen wesentlichen recht." Wir aber widerreden dieser Aussöhnung auf das schärfste und sagen ihr den Satz entgegen: "Matthes hat in allen wesentlichen unrecht."

Hausärzte